

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 11. August 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 32

Der neue Reichstag

Am 4. Juni wurde der alte Reichstag aufgelöst mit der Begründung im Dekret des Reichspräsidenten, weil er „dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entsprach“. Nun hat das Volk am 31. Juli sein Votum abgegeben, und das Ergebnis?

Mit starker Mehrheit wurde gegen die auf Hitlers Gnaden beruhende Regierung Papen-Schleicher entschieden. Die Parteidiktatur der Faschisten wurde abgelehnt. Der nicht mehr zu steigernde Lügenfeldzug gegen den Marxismus verpuffte wirkungslos und Osaf, der politische Schauspieler, ist trotz seiner Sturzflüge von Tilsit bis an den Bodensee weit hinter den bestimmt erhofften 51 Prozent aller abgegebenen Stimmen geblieben. Er muß sich mit seinem Stabe mit 37,3 Prozent der Stimmen begnügen. Ob nunmehr die Erkenntnis reift, daß Deutschland nie ein Aufmarschgebiet für den Faschismus werden wird?

Die Wahlen haben folgendes Resultat ergeben:

bankpolitiker sind bei den Braunhemden untergekröhen.

Interessante Vergleiche, die oftmals ins Grotteske gehen, ermöglicht das Wahlergebnis. Im neuen Reichstag haben die antikapitalistischen Parteien mit 452 Stimmen die Dreiviertelmehrheit. Damit können die Faschisten alle Versprechungen, die sie ihren Mitläufern aus dem werktätigen Lager in den Versammlungen vortrugen, glatt zur Durchführung bringen. Sie werden der Zustimmung der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei sicher sein. Sollten sie aber in ihrem Siegestaumel die Einlösung ihrer Versprechungen vergessen, dann wird die Sozialdemokratische Partei sie daran recht oft erinnern und ihnen die Möglichkeit geben, Farbe zu bekennen. Wir werden noch manche heitere Stunde erleben, wenn den Faschisten die Larve vom Gesicht gerissen wird. Eine andere Möglichkeit besteht auch in einer Koalition der Faschisten mit

aber Uebergabe der Macht an die Braunhemden. Daran denkt aber die Regierung nicht. Sie will sich auch nach der Erklärung des Chefs nicht um das Zustandekommen einer parlamentarischen Regierungsmehrheit kümmern, wie sie auch nicht daran denkt, die Macht aus der Hand zu geben. In anderen Ländern würde die Regierung zurücktreten, von der das Volk in dieser eindeutigen Weise abrückte. Ob aus dem Verhalten Papen-Schleicher jetzt schon gefolgert werden kann, daß sie ohne den Reichstag und unter Duldung der Faschisten weiter regieren wollen und für sie das Wahlergebnis Luft ist, kann in diesem Stadium noch nicht ersehen werden.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist die Tatsache, daß die faschistische Welle nicht nur zum Stehen gebracht werden konnte, sondern sogar in nicht unbedeutenden Wahlkreisen ein Rückgang faschistischer Stimmen eingetreten ist: in Berlin, Potsdam II, Oppeln, Westfalen-Süd, Köln-Aachen, Koblenz-Trier, Düsseldorf-West, Niederbayern. Der Höhepunkt ist überschritten. Furchtbar wird der Abbruch werden.

Viele Lehren ergeben sich aus den Wahlen für die freien Gewerkschaften. Sie haben bewiesen, daß ihre Organisationen stark verankert sind und mit Erfolg dem faschistischen Ansturm widerstehen können. Eine fortgesetzte Steigerung der Aktivität und der Ueberzeugungstreue weisen die verflossenen Monate auf. Die Mutlosigkeit ist gewichen dank der unerhörten Opfer, die von fast allen gebracht wurden. Heute kennen alle Kollegen und Kolleginnen die großen Gefahren, die sie und ihre Familien bedrohten, wenn die Faschisten zur Macht gekommen wären. Wenn noch vor kurzer Zeit in weiten Kreisen der Arbeiterschaft Mutlosigkeit anzutreffen war, so können wir jetzt eine mächtige Belebung der Mitarbeit in allen Verbandsorten feststellen. Was das Unternehmertum mit der Finanzierung der Faschisten erreichen wollte, ist endgültig durch die prächtige Disziplin der freien Gewerkschaften vereitelt worden. Nun müssen wir zu neuen Aufgaben rüsten: Die vordringlichste ist Beschaffung von Arbeit, Erhöhung der Kaufkraft der breiten Massen. Solange das Einkommen großer Schichten kaum zum notdürftigsten Lebensunterhalt reicht, besteht keine Aussicht auf Belebung des Warenumsatzes. Die Reaktion mit ihren antisozialen Bestrebungen und Zielsetzungen, denen leider viel zu sehr Rechnung getragen wurde, muß beseitigt werden. Dazu werden die Gewerkschaften ihre ganze Kraft einsetzen. Sie werden auch die Wirtschaftskrise überwinden, wie sie den Vormarsch der Faschisten zum Stillstand brachten. Darum dürfen wir nicht dulden, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen wieder in ihre sträfliche Geichgültigkeit zurückfallen, sondern landauf-, landabwärts muß die Werbearbeit in allen Orten und Betrieben für den Anschluß an die freien Gewerkschaften einsetzen. Erweiterung unserer Macht ist die Vorbedingung unserer kommenden Siege und alle müssen dafür kämpfen und werben!

	Stimmen am		Mandate			Prozente	
	31. Juli 1932	14. Sept. 1930	31. Juli 1932	14. IX. 30 bei Zusammentritt des Reichst.	bei Auflösung des Reichstags	31. Juli 1932	14. Sept. 1930
Sozialdemokraten	7 951 245	8 577 738	133	143	136	21,6	24,5
Nationalsozialisten	13 732 779	6 409 610	230	107	110	37,3	18,3
Kommunisten	5 278 094	4 592 090	89	77	78	14,3	13,1
Zentrum	4 536 501	4 127 910	75	68	69	12,5	11,8
Deutschnationale	2 172 941	2 458 246	37	41	42	5,8	7,0
Deutsche Volkspartei	434 548	1 578 236	7	30	27	1,2	4,7
Wirtschaftspartei	146 061	1 362 353	1	23	21	0,4	3,9
Staatspartei	371 378	1 322 345	4	14	16	1,0	3,8
Bayerische Volkspartei	1 190 453	1 059 141	22	19	19	3,3	3,0
Landvolk	91 284	1 108 674	1	19	16	0,2	3,2
Christlich-Soziale	364 749	870 140	4	14	14	1,0	2,5
Volksrechtspartei	40 887	271 377	—	—	—	—	—
Deutsche Bauernpartei	137 081	339 567	2	6	5	—	—
Landbund	96 859	193 981	2	3	3	1,4	4,2
Sonstige	—	—	—	13	21	—	—
Zusammen	36 845 279	34 970 851	607	571	577	100,0	100,0

Prächtig und tapfer hat sich die Sozialdemokratische Partei geschlagen. Großer Stolz erfüllt alle, daß trotz der Lügenschlammflut acht Millionen sich zur Fahne des Sozialismus bekannten. Der nicht zu unterschätzende Stimmenauftrieb bei den Kommunisten ist in erster Linie Papen zu verdanken und außerdem der allgemeinen wirtschaftlichen Notzeit, die stets zeigte, daß den extremen Richtungen größere Massen zuströmen. Die Vernichtung des Marxismus, die auch von der Regierung sehnlichst herbeigewünscht wurde, ist kläglich gescheitert. An diesen erfreulichen Erfolg haben die freien Gewerkschaften großen Anteil genommen.

Auch wurde der Einbruch in den Zentrumsturm nicht nur abgeschlagen, sondern diese einzige auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehende bürgerliche Partei kann einen beträchtlichen Gewinn aufweisen. Alle übrigen bürgerlichen Parteien, soweit sie noch im Reichstag in Frage kommen, gehen von den Faschisten arg zerzaust aus der Wahlschlacht hervor. Vollständig aufgerieben und jeder Bedeutung entblößt stehen die übrigen bürgerlichen Parteien, die oft im alten Reichstag das Zünglein an der Waage spielten, vor der Öffentlichkeit. Darunter hat die Wirtschaftspartei, das Sammelbecken der „revolutionären“ Zünftler, am ärgsten leiden müssen. Sie ist im neuen Reichstag fast verschwunden. Die Bier-

den Kommunisten, die mit 319 Stimmen den Reichstag beherrschen können. Wird das Spiel, daß im Preußischen Landtag bei verschiedenen Abstimmungen, wobei die Kommunisten mit den Faschisten gemeinsam vorgingen, im Reichstag fortgesetzt, dann wird die Regierung Papen-Schleicher keine frohen Stunden erleben.

Soviel ist aber jetzt schon feststehend: Mit 324 gegen 283 Sitze im Reichstag hat sich die große Wählermasse für den Bestand der Republik und gegen die faschistische Diktatur entschieden. Diesem politischen Willen des deutschen Volkes muß sich auch jede Regierung unterwerfen. Darum macht sie auch gute Miene zu dem bösen Spiel, daß sie durch die Auflösung des Reichstags erntete. Jetzt wird versucht, die streitenden Geister der Faschisten und des Zentrums zu versöhnen; dann wäre eine sichere Mehrheit des Reichstags möglich und die Gefahr der Annahme eines Mißtrauensantrages gegen die Regierung und die Aufhebung der diktatorischen Anordnungen gegen die Regierung in Preußen unterbunden. Leicht wird dieser Plan nicht durchgeführt werden können. Das Zentrum beharrt auf seinem Schein wie Shylock. Es fordert von den Faschisten eine klare Erklärung über ihre Einstellung zur Verfassung und ihrem Willen an praktischer Mitarbeit in einer Koalition. Osaf fordert

Die Müllerei-Berufsgenossenschaft im Jahre 1931

Die Wirtschaftskrise hat selbstverständlich auch die bei der Genossenschaft versicherten Betriebe ergriﬀen. Von den 19 234 Betrieben, die am Jahresanfang gemeldet waren, lagen ungefähr 4000 ganz still oder beschäftigten keine Arbeitnehmer mehr. Die Zahl der beschäftigten Angestellten und Vollarbeiter ging gegenüber dem Vorjahr um 1179 auf 52 753 zurück. Im Wirklichkeit ist der Rückgang der Arbeitnehmerzahl bedeutend höher. Er ist in dieser Zahl nur nicht ersichtlich, weil einzelne Betriebe verkürzte Arbeitszeiten eingeführt haben. Die Gesamtlohnsumme ging von 128 767 911 Mk. auf 119 671 602 Mk. zurück. Interessant ist die Zergliederung der 19 234 versicherten Betriebe. Das Betriebsverhaltis zählt auf: Getreidemühlen mit Wasserkraft 2401, mit Wasserkraft 8382, mit Wasserkraft 365, mit Motorkraft 2160, mit gemischter Betriebskraft 5410. Diese Zahlen zeigen, daß die Betriebe mit gemischter Antriebskraft (natürliche und motorische Kraftquelle) überwiegen. Zu diesen Getreidemühlen kommen noch: Oelmuhlen 296, Gras- und Schafmuhlen 27, Reismuhlen 6, Hockschneidereien 67. Leider enthält der Bericht keine Angaben darüber, wieviel von den Arbeitnehmern zahlenmäßig auf die einzelnen Betriebsarten entfallen.

Die Unfallberechnung ergibt einen Betrag von 300 194 Mk. Diese Ausgaben verteilen sich auf folgende einzelne Posten: Unfallentschadigungen 227 338 Mk., Kosten für Unfallverhütung 82 373 Mk., Verletzungsentschadigungen 69 249 Mk., Finanzdienst 14 148 Mk., Verwaltungskosten 245 942 Mk., Verwaltungskosten der Sektionen 160 208 Mk., Anwaltengelder und niedergeschlagene Beiträge 156 613 Mk. Diesen Ausgaben stehen eine Reihe Einnahmen gegenüber, so daß für das Jahr 1931 ein Betrag von 2 425 282 Mk. zusammengeht. In dem Bericht klagt die Berufsgenossenschaft an, er den Betriebsklienten, daß es die Arbeitgeber mit ihren Verpflichtungen nicht genau nehmen, sondern sehr sauerteig sind. Hier können natürlich auch die Mühlenbesitzer keine Ausnahme machen. In dem Bericht heißt es hierüber wörtlich: „Leider mußten im Berichtsjahre 1043 Bestrafungen wegen Nichterreichung von Lohnnachweisen erfolgen, um dem zunehmenden Ausbleiben der Nachweise Einhalt zu tun. Hierzu kamen noch 105 Bestrafungen wegen unrichtiger Nachweise, 190 wegen Nichtanbringung von Schutzvorrichtungen, 9 wegen Nichtanmeldung versicherungspflichtiger Betriebe und 5 wegen Nichterstattung von Unfallanzeigen. Die damit wie mit den zahlreichen Beschwerden verbundenen Arbeiten belasteten die Verwaltung außerordentlich.“ Man kann hierin der Berufsgenossenschaft nur Recht geben. Es ist nur zu wünschen, daß die Strafen nicht allzu milde ausgefallen sind, da sie sonst nicht abschreckend genug wirken.

Interessant ist der Bericht über die „Durchführung der Unfallverhütungs Vorschriften und die Maßnahmen für die erste Hilfe. Nach den Angaben dieses Berichts wurden im Berichtsjahr 4361 Unfälle gemeldet, von denen 453 zu einer Entschädigung führten. Im Vorjahre wurden 4745 Gemeldete und 489 Entschadigte Unfälle gezählt. Unfälle mit tödlichem Ausgang waren 36 (40) zu verzeichnen. Auf je 1000 Vollarbeiter entfallen:

	1930	1931
gemeldete Unfälle	88	81,53
entschädigte Unfälle	9,07	8,59
tödliche Unfälle	0,74	0,68

Es ist hiernach eine erfreuliche Abnahme der Unfälle zu verzeichnen. Der Bericht enthält eine interessante Aufstellung über die Unfallhäufigkeit in den einzelnen Betrieben nach Betriebsgrößen. Es ist eine sogenannte Belastungsziffer errechnet worden, die die Zahl der Unfälle auf 1000 Vollarbeiter im Durchschnitt der Jahre 1927 bis 1931 angibt. Diese Ziffer beträgt bei Betrieben mit:

weniger als 300 Arbeitstagen	22,14
1 bis 2 Vollarbeitern	10,73
3 „ 5 „	11,15
6 „ 10 „	8,87
11 „ 20 „	9,14
21 „ 50 „	8,91
51 „ 100 „	8,17
101 „ 250 „	7,71
251 „ 500 „	9,88
mehr als 500 „	8,36

Diese Zahlen beweisen wiederum, daß gerade in den Zwergbetrieben die Unfallhäufigkeit am größten ist. Je kleiner der Betrieb, desto weniger Wert wird auf die Unfallsicherheit gelegt. In den größeren Betrieben und in den Großbetrieben sorgen schon die gesetzlichen Betriebsvertretungen dafür, daß etwas anderer Wind weht. Auch sind in den größeren Betrieben durch das Vorhandensein von technischen Angestellten (Werkmeistern usw.) den Unternehmern immerhin Anpasser bestellt, sie können doch nicht so schalten und walten wie sie wollen. Von den 36 Unfällen mit tödlichem Ausgang haben sich allein 10 an Transmissionen ereignet. Durch

Kraftfahrzeuge wurden 8 Todestulle verursacht. Von den entschädigten Unfällen sind 34 auf Pferdehulwerke zurückzuführen. 14 Unfälle ereigneten sich durch Hineingreifen in Walzen. Ueber diese Unfälle sagt der Bericht:

„Unter den Unfallursachen ist, soweit es sich um Unfälle an Maschinen und Triebwerken handelt, in erster Linie das Fehlen von Schutzvorrichtungen zu nennen. So sind z. B. die durch die Walzen der Walzenstuhle verursachten Quetschunfalle anzunehmen auf das Fehlen des Walzenschutzrostes, also der vorgeschriebenen Schutzvorrichtung, zurückzuführen. Diese Unfälle sind indes durch andere Maßnahmen gegenüber trüber Jahren zahlenmäßig stark zurückgegangen. Um so bedauerlicher ist es, daß sich immer noch zahlreiche Stühle vorfinden, denen dieser notwendige Schutz mangelt, denn weder der Walzenschutz überall vorhanden, so könnte die Quetschunfalle an Walzen restlos vermieden werden. Noch bedauerlicher aber ist, daß auch neue Stühle gänzlich ohne oder mit ganz ungenügendem Schutz der Walzen geliefert werden. Unkenntnis der Bestimmung kann dabei nicht vorliegen, denn es gibt keine Muhlenanstalt, die nicht über die Forderung des Schutzrostes unterrichtet wäre.“

Es wird erst dann anders werden, wenn der Vertrieb ungeschützter Maschinen gänzlich verboten wird. Der Bericht enthält weiter Schilderungen einer Reihe bemerkenswerter Einzelunfalle. Von den technischen Aufsichtsbeamten wurden 4245 Betriebe einer Kontrolle unterzogen. Bei diesen Betriebsbesichtigungen wurden nicht weniger als 6676 Verstöße gegen die Unfallverhütungs Vorschriften festgestellt. So fehlte in 2246 Fällen ein Schutz an Walzen, Getrieben, Riemenscheiben usw. An Walzen der Walzenstuhle wurde in 1392 Fällen das Fehlen von Schutzrosten festgestellt. An anderen Maschinen oder Maschinenteilen fehlte 3038mal die vorgeschriebene Schutzvorrichtung. Bemerkenswert ist, daß in zwei Fällen dem Aufsichtsbeamten der Zutritt zu den Betriebsräumen vom Unternehmer verweigert wurde. Die Arbeitgeber haben die Verpflichtung, die vorgenommene Abstellung der gerügten Mängel anzuzeigen. Oft waren hierzu erst wieder Mahnungen notwendig, in 199 Fällen mußten sogar Strafen verlangt werden. Wünsche und Anregungen der Versicherten wurden aufgenommen und denselben nachgegangen. Während andere Genossenschaften über die angebliche Gleichgültigkeit der Versicherten klagen, schreibt die Müllerei-Berufsgenossenschaft: „Zahlreiche Aussprachen mit den Arbeitern haben aber gezeigt, daß die gleichgültige oder ablehnende Einstellung nur bei einer sehr kleinen Anzahl Versichteter besteht.“ Geklagt wird weiter darüber, daß in zunehmendem Maße Jugendliche und Kinder in den Betrieben — wenn auch nur gelegentlich — beschäftigt werden. An den Betriebsbesichtigungen waren fünf technische Aufsichtsbeamte beteiligt.

Das Proletariat muss einig sein!

Am 13. August ist der 34. Wochenbeitrag fällig

gungen wurden nicht weniger als 6676 Verstöße gegen die Unfallverhütungs Vorschriften festgestellt. So fehlte in 2246 Fällen ein Schutz an Walzen, Getrieben, Riemenscheiben usw. An Walzen der Walzenstuhle wurde in 1392 Fällen das Fehlen von Schutzrosten festgestellt. An anderen Maschinen oder Maschinenteilen fehlte 3038mal die vorgeschriebene Schutzvorrichtung. Bemerkenswert ist, daß in zwei Fällen dem Aufsichtsbeamten der Zutritt zu den Betriebsräumen vom Unternehmer verweigert wurde. Die Arbeitgeber haben die Verpflichtung, die vorgenommene Abstellung der gerügten Mängel anzuzeigen. Oft waren hierzu erst wieder Mahnungen notwendig, in 199 Fällen mußten sogar Strafen verlangt werden. Wünsche und Anregungen der Versicherten wurden aufgenommen und denselben nachgegangen. Während andere Genossenschaften über die angebliche Gleichgültigkeit der Versicherten klagen, schreibt die Müllerei-Berufsgenossenschaft: „Zahlreiche Aussprachen mit den Arbeitern haben aber gezeigt, daß die gleichgültige oder ablehnende Einstellung nur bei einer sehr kleinen Anzahl Versichteter besteht.“ Geklagt wird weiter darüber, daß in zunehmendem Maße Jugendliche und Kinder in den Betrieben — wenn auch nur gelegentlich — beschäftigt werden. An den Betriebsbesichtigungen waren fünf technische Aufsichtsbeamte beteiligt.

Wochenschau

Organisierter Nazi-Terror. Die Enttäuschung der Nazis über den Wahlausgang hat sie in zahlreichen Fällen veranlaßt, Terrorakte auszuführen. In Königsberg wurden SPD- und KPD-Führer in ihren Wohnungen überfallen und erschossen bzw. schwer verletzt. Brandbomben wurden gegen Zeitungsgebaude geschleudert. In Hamburg wurden zwei Konsumverkaufsstellen mit Bomben beworfen. In Kiel eine Kirche verwüstet. ähnliche Gewaltakte wurden in Holstein, Hannover und Schlesien durchgeführt. In der Nähe von Kassel wurde ein von den Nazis versteckt gehaltenes Panzerauto sowie ein schweres Maschinengewehr mit dazugehöriger Munition gefunden und von der Polizei beschlagnahmt.

Landtagswahlen in Thüringen. Gleichzeitig mit der Reichstagswahl fand in Thüringen Landtagswahl statt. Bei sehr starker Wahlbeteiligung wurden folgende Stimmen für die größten Parteien abgegeben: Sozialdemokraten 225 600, Nazi 396 000, Kommunisten 150 000, Landbund 77 600, Deutschmannheit 29 600 und Zentrum 17 300. Eine Rechtsmehrheit wurde nicht erreicht.

Keine Rechtsmehrheit in Anhalt. Nach den Landtagswahlen vom 24. April ist der neugebildeten Rechtsregierung ein schwerer Schlag versetzt worden. Die Rechtsmehrheit von 20 Sitzen gegenüber 16 Sitzen der Linken ist bereits wieder verschwunden. Die Ziffern der Reichstagswahl zugrunde gelegt, ergibt ein Kraftverhaltis von 18 zu 18 Sitzen. Auch in Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin haben die Regierungen ihre Mehrheit verloren.

Altersprasident im neuen Reichstag. Das altste Mitglied des neuen Reichstages ist die kommunisti-

sche Abgeordnete Frau Klara Zetkin. Es ist in der deutschen Parlamentsgeschichte das erstmalig, daß eine Frau im Reichstag präsidiert. Da Frau Zetkin krank ist, ist es noch zweifelhaft, ob sie in der Lage ist, ihr Amt auszuüben. In diesem Fall wird ein Zentrumsabgeordneter Altersprasident.

Schlichter Wissell gekündigt. Der Reichsarbeitsminister hat den Schlichter von Berlin-Brandenburg, den ehemaligen Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell, am 1. September gekündigt. Das Reichsarbeitsministerium beginnt die Neuordnung des Schlichtungswesens mit der Beseitigung der den Unternehmern moglichen Schlichter. Wissell ist Sozialdemokrat, das genügt, daß er gehen muß.

Soll die Verfassung geändert werden? Der Reichskanzler erklärte nach den Wahlen in einer Unterredung mit einem amerikanischen Pressevertreter, daß Deutschland ein Oberhaus brauche als Gegengewicht und als Ausgleich gegenüber dem Reichstag. Er sprach sich außerdem für eine Beseitigung des gegenwertigen Wahlsystems aus. Mit welchen Parteilagen diese Verfassungsandernden Maßnahmen durchgeführt will, hat Papen nicht verraten.

Bundeskanzler a. D. Seipel, Oesterreich, gestorben. Der ehemalige Kanzler Oesterreichs, Prälat Seipel, ist im Alter von 57 Jahren gestorben. Seipel war ein unerbittlicher Gegner der sozialistischen Arbeiterbewegung. Sie zu vernichten galt sein Streben. Es ist ihm dies nicht gelungen, obwohl er die faschistischen Heimwehren als Kampftroopie gegen die Arbeiterschaft in jeder Hinsicht förderte.

Verwaltungsreform in Preußen. Von den neuen Machthabern in Preußen sind mit einem Schlage 58 Landkreise aufgelöst und 60 Amtsgerichte aufgehoben worden. Die Namen der Kreise und Amtsgerichte sind von der Regierung bewährt und erst nach der Wahl veröffentlicht worden. Es sollte damit erreicht werden, daß die zu erwartende Beunruhigung im Wahlergebnis nicht zum Ausdruck kommt.

Krieg in Südamerika. Zwischen den südamerikanischen Staaten Paraguay und Bolivien ist es wegen des schon lange umstrittenen Gran-Chaco-Gebietes zu kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen. Vermittlungsversuche des Völkerbundes, der Vereinigten Staaten sowie einiger südamerikanischer Staaten, sind erfolglos geblieben.

Pressestimmen zur Reichstagswahl

Der Ausgang der Wahl hat nicht nur die Nazis enttäuscht. Die reaktionären Kreise, die sich mit der jetzigen Regierung verbünden fühlen, verborgen nur recht schlecht ihre Unzufriedenheit. Am besten kommt dies in der „Deutschen Tageszeitung“, einem deutschnationalen Organ, zum Ausdruck. Es stellt fest, daß der Ausgang der Wahl die Erwartungen nicht erfüllt habe, die das nationale Deutschland auf ihn gesetzt habe; die Wahl vom 31. Juli biete fast dasselbe Bild wie die letzte preußische Landtagswahl: die Fronten seien erstarrt, die Reserven der Mittel- und Rechtsparteien seien ausgeschot, das Zentrum sei gestärkt, ein Einbruch in die Front des Marxismus sei in nennenswertem Maße nicht erfolgt.

Die Nazizeitungen täuschen ihren Lesern natürlich einen großen Sieg vor. Sie verschweigen dabei, daß der erwartete Auftrieb trotz des großen Propagandaapparates, der viele Millionen verschlang, und trotz des ausgedehnten Deutschlandfluges von Hitler ausgeblieben und der zahlenmäßige Zuwachs nur 300 000 Stimmen beträgt. Sie verschweigen auch, daß in acht Wahlkreisen bei den Nazis bereits ein Stimmenruckgang eingetreten und daß gar nicht mehr daran zu denken ist, die Arbeiterschaft einzufangen für eine Partei, die nur der Schwerindustrie dient. Statt dessen empfiehlt das Berliner Naziorgan, das Wahlergebnis dadurch zu korrigieren, daß die kommunistischen Mandate für ungültig erklärt werden. Im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht Hitler einen Aufruf, in dem er sich selbst seinen „Sieg“ bescheinigt. Aus der Form des Aufrufes ist jedoch ersichtlich, daß er nicht aus innerster Ueberzeugung heraus geschrieben ist.

Das Zentralorgan des Zentrums, die „Germania“, schreibt:

„Wir wissen nicht, welche Folgerungen aus der gestrigen Entscheidung von der Reichsregierung gezogen werden, die alles andere als eine Bestätigung ihrer Amtsführung erfahren hat. Wir wissen auch nicht, ob und wie es gelingen wird, den neugewählten Reichstag, in dem eine nationalsozialistisch-kommunistische Mehrheit besteht, zu einer arbeitsfähigen Einrichtung zu machen. Wir wissen nur und fördern, daß nach dieser Wahl die Zeit verfassungsrechtlicher Experimente und machtpolitischer Aktionen vorbei ist und daß die bereits begonnenen zu liquidieren sind. Die Reichsregierung hat keinen Auftrag, noch weniger als bisher, die verfassungsrechtlich höchst anfechtbaren Methoden fortzusetzen, mit denen sie ihre Politik bisher geführt hat. Sie hat keinen Auftrag, weiter die Parteiwunsche der Nationalsozialisten zu erfüllen, wie sie es bisher nicht zum Segen des deutschen Volkes getan hat.“

Die „Kölnische Volkszeitung“, ebenfalls ein Zentrumsbblatt, verweist besonders auf die Schlüsselstellung des Zentrums. Sie schreibt: „Das

Zentrum wird mit der ganzen Kaltblütigkeit, mit der es im jetzigen Augenblick alle Entschlüsse zu treffen gedenkt, der Lage gegenüberzutreten. Gewöhnlich zuerst beschimpft und dann gesucht und benedigt, wird es selbstverständlich auch diesmal in dem bunten Gewimmel der Auguren, der Kraftmeier, der Enttäuschten, der Erzürnten, der Nervösen und der Aengstlichen jene Figur machen, die ihm allein ansteht. Es wird in eiserner Ruhe alles prüfen."

Der „Vorwärts“ schreibt fast übereinstimmend mit vielen anderen linksgerichteten Zeitungen: „Das Volk wird sich weder ein faschistisches Gewaltregime noch eine zugunsten der Nationalsozialisten parteiische Regierungsmethode gefallen lassen. Es hat durch sein Votum vom 31. Juli die Politik des Kabinetts von Papen mit großer Mehrheit verurteilt.“

Recht deutlich äußert sich der Reichstagspräsident L ö b e im „Vorwärts“ über den neuen Reichstag. Er verweist auf die nationalsozialistisch-kommunistische Mehrheit, die der neue Reichstag besitzt, mit der ohne jede Hilfe die Regierung gestürzt werden kann. Dabei betont er, daß diese Mehrheit in der Lage ist, alle ihre radikalen, antikapitalistischen, sozialistischen Anträge anzunehmen. Sie können dabei alle ihre Versprechungen einlösen. Löbe stellt in Aussicht, daß die Sozialdemokratie natürlich helfen wird, die sozialistischen Anträge zur Annahme zu verhelfen. Er ist mit Recht der Ansicht, daß jetzt der Anschauungsunterricht für die Gläubigen im Lande beginnt.

Sehr stark interessiert am Wahlausgang war auch das Ausland. Die Leser der ausländischen Zeitungen sind nicht nur vor der Wahl, sondern, wie nachstehende Zitate zeigen, auch nach der Wahl richtig und mitunter besser unterrichtet worden als eine große Anzahl deutscher Staatsbürger.

Der französische nationalistiche „Temps“ schreibt über das Wahlergebnis: „Was zunächst auffällt ist, daß die Nationalsozialisten trotz Verdoppelung ihrer Stimmen und Mandate im Vergleich zu den Wahlen 1930 nicht den entscheidenden Sieg errungen haben, auf den sie gerechnet haben. Die Hitler-Partei konsolidiert nur das, was sie bei den Präsidentenwahlen und den Landtagswahlen erobert hatte. Die neue Hitler-Welle, die alles mit sich fortreißen sollte, ist nicht über Deutschland hinweggegangen und es scheint, daß die Nazis jetzt ihre beste Chance verloren haben, allein die Macht zu erobern und der Nation ihre Diktatur aufzuzwingen.“

Die holländische bürgerliche Zeitung der „Telegraaf“ nennt das Ergebnis Hitlers Marne-schlacht. Zum ersten Male seit einer Reihe von Jahren habe sich gezeigt, daß die Hitler-Bewegung keine Fortschritte gemacht habe. Für eine politische Partei, die so ganz und gar auf Begeisterung eingestellt sei wie die Hitler-Bewegung, sei eine unentschiedene Schlacht einer Niederlage gleichzuwerten.

In England ist sich die Presse darüber einig, daß jede Hoffnung, ein Drittes Reich aufzubauen, dahingeschwunden ist. Der Rückgang der nationalsozialistischen Stimmen wird auf die Verhandlungen zurückgeführt, die Hitler mit General von Schleicher geführt hat.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ weist darauf hin, daß in Deutschland die Nazis mit den Deutschnationalen zusammen nur annähernd den verhältnismäßigen Anteil der Wählerschaft erreichen, den in Oesterreich die Sozialdemokratie mit ihren 43 Prozent allein besitzen. Die Sozialdemokratie ist in Oesterreich an der Regierung nicht beteiligt.

Das Bäckergewerbe in der Krisenzeit

Von der großen Bäckermeisterorganisation, dem „Germania“-Verband, liegen sehr wertvolle Arbeiten über die soziale Struktur dieses Berufes vor. Wir haben sie eingehend gewürdigt, denn dieser Unternehmerverband, der fast alle handwerksmäßigen Betriebe für die Mitgliedschaft erfaßte, kann immerhin auf eine vollständige Arbeit Anspruch erheben. Die letzte Erhebung für die Jahre 1931/32 spiegelt die bedeutende Verschlechterung der Gesamtwirtschaftslage wider.

Dem „Germania“-Verband gehören 1643 Innungen an mit 95 986 Mitgliedern, die sich wiederum in 22 Unterverbände zusammengeschlossen haben. Als ältester Zweigverband kommt der Verband Beide Mecklenburg, der im Jahre 1873 gegründet wurde und als jüngster Verband der im Jahre 1921 gegründete „Rhein-Main-Nahe-Verband“ in Frage. Die Hauptorganisationsart ist die Zwangsinnung, die sich wiederum um 36 Innungen vermehrte. Unter den Verbandsmitgliedern befinden sich 4417 freiwillige. Wie auch in früheren Jahren, so ist jetzt wiederum festgestellt worden, daß außerordentlich stark die Hauseigentümer bei den Bäckermeistern vertreten sind. Mit 69 965 gegenüber 69 133 bei Beginn des Jahres 1930 marschieren die Hausbesitzer auf. Wohl ist der prozentuale Anteil der Hauseigentümer, der bei der früheren Erhebung 73,3 Proz. betrug, auf 72,9 Proz. gesunken. Der Rückgang resultiert aus der Gesamtmitgliederzunahme.

Die technische Entwicklung kann weiterhin bedeutende Fortschritte aufweisen. Die Zahl der Maschinenbetriebe beträgt 69 877 oder 73 Proz. aller

vorhandenen Bäckereien (64 308) bei der vorherigen Zählung. Von den Maschinenbetrieben gehören 63 691 (59 381) der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft an. Dieser Fortschritt vom Handzum Maschinenbetrieb ist besonders in der Krisenzeit sehr beachtenswert. Von noch größerer Bedeutung aber ist die außerordentlich hohe Anzahl der vorhandenen Maschinenbetriebe; etwa drei Viertel aller Betriebe sind nunmehr mit Maschinen ausgerüstet. Dadurch wird bewiesen, daß sich das Bäckergewerbe gegenüber vielen anderen Berufsgruppen in der Krisenzeit außerordentlich gut halten konnte. Der handwerksmäßige Betrieb ist längst von seiner früheren Form abgekommen und hat sich die Technik in seinen Dienst gestellt. Hinzu kommt weiter, daß der Kleinbetrieb von größeren Ausgaben für Warentransport, wie sie dem Großbetriebe

hoch. Es entfallen auf je 100 beschäftigte Bäcker-gesellen 78,8 Lehrlinge.

Unsere Ansicht, die wir wiederholt an dieser Stelle bei Besprechungen über die Arbeitslosigkeit der Bäcker zum Ausdruck brachten, wird hier wiederum voll auf von der Unternehmerstatistik bestätigt. Der Rückgang an Lehrlingen ist nicht in allen Zweigverbänden erfolgt. Es weisen Mitteldeutschland, Norden, Ost- und Westpreußen, Rhein-Main-Nahe sogar noch eine Erhöhung der Lehrlingsziffer gegenüber früheren Erhebungen auf. Der Gesamt-rückgang bei den Beschäftigten variiert zwischen 5 und 8 Proz. Bei den Konditorgehilfen ist sogar ein Rückgang um 14 Proz. eingetreten, was zweifellos mit eine Folge der Wirtschaftskrise ist, und durch die Nachfrage nach besserer Backware gesunken ist.

Ueber die Betriebsgrößen erfahren wir, daß 19 495 (18 615) Bäckermeister allein und ohne jede Hilfskraft arbeiten, 70 856 (70 428) mit 1 bis 5 Gesellen einschließlich Lehrlingen, hiervon beschäftigten 14 224 (13 697) nur je einen Lehrling und 3 083 (3 142) je zwei Lehrlinge; 1666 (1215) arbeiten mit 6 bis 10 Gesellen, 128 (153) mit 11 bis 20 Gesellen und 24 (24) mit 21 und mehr Gesellen einschließlich Lehrlingen. Es ist gegenüber früheren Erhebungen eine starke Zunahme der Zwergbetriebe eingetreten. Die Zahl der Betriebe, die überhaupt keine entlohnten Gehilfen beschäftigen, ist um 1348 gestiegen. Die Mittelbetriebe sind um 210 gesunken und die Kleinbetriebe weisen eine Zunahme von 428 auf.

Nach den Unternehmerfeststellungen bestehen 5 Zweigverbandstarife für die Betriebsbeschäftigten und die Gewerkschaften, für beide Mecklenburg, Sachsen, Thüringen, Westfalen. 1 Zweigverbandstarif ist in Württemberg mit den Gelben abgeschlossen. Für 73 Innungen bestehen 12 Bezirkstarife und außerdem mit 112 einzelnen Innungen Tarifverträge. Den Tarifverträgen unterstehen nach der Unternehmerfeststellung 50 000 Arbeitnehmer oder 68 Proz. der Gesamtbetriebsbelegschaften. Diese Feststellungen weichen bedeutend von den unseren ab. Das rührt daher, weil in der Unternehmerstatistik alle Tarifverträge aufgeführt sind, die auch mit den Gelben, Gehilfenvereinen oder Gesellenausschüssen vereinbart wurden. Rechtlich kommen jedoch nur auf Grund der Tarifverordnungen solche Verträge in Frage, die mit den Gewerkschaften abgeschlossen wurden. Für alle übrigen bestehenden Tarifverträge ist kein Klagerecht vorhanden. Die Unternehmerorganisation ist somit in der glücklichen Lage, öffentlich beweisen zu können, daß sie tariffründlich ist und bereits 68 Proz. der Arbeitskräfte im Bäckergewerbe Tarifverträgen unterstellt sind. Wenn wir jedoch hinter die Kulissen blicken, dann sehen wir, daß tarifliche Abmachungen, die mit den Gelben, Gehilfenvereinen oder Gesellenausschüssen getroffen wurden, größtenteils nicht eingehalten werden. Die auf den Arbeitsgerichten deshalb durchgeführten Klagen beweisen sehr viel.

Stand der Arbeitszeit in den Brauereien

Wie richtig das Vorgehen des Verbandsvorstandes war, als nach der letztmaligen Erhöhung der Reichsbiersteuer der Grundsatz aufgestellt wurde, die Arbeit möglichst auf alle Arbeits-hände zu verteilen, zeigt das vorliegende Ergebnis.

Im Gegensatz zu früher, wo jede Forderung auf Verkürzung der täglichen Arbeitszeit abzielte, forderten wir die Fünftagewoche — je acht Stunden pro Tag —, um möglichst viele Brauereiarbeiter in Arbeit zu halten. Der Verband war sich bewußt, daß ein Sechstel Lohnausfall die Lebenshaltung der davon betroffenen Kollegen sowie die Kaufkraft allgemein stark beeinträchtigen werde. Es wurde aus diesem Grunde ein Lohnausgleich angestrebt und bei den ersten Abschlüssen ein, allerdings in geringem Ausmaß gehaltener, Ausgleich auch erreicht. Erst, als gestützt auf die Verhältnisse im allgemeinen, das Reichsarbeitsministerium Lohnausgleich als nicht vertretbar erklärte, vermochte auch unser Verband solche nicht mehr zu erreichen.

Die Absicht des Verbandes war, von den vorhandenen arbeitslosen Brauereiarbeitern solche in Arbeit zu bringen, um den allgemeinen Arbeitsmarkt zu entlasten, mindestens aber stärkere Entlassungen vorzubeugen.

Weniger die Verkürzung der Arbeitszeit als der Ausfall von einem Sechstel des Lohnes erschien Anfangs den Kollegen ungeheuerlich, weshalb der Verband in der ersten Zeit nach zwei Fronten anzukämpfen hatte. Nachdem aber immer wieder klagemacht wurde, daß die Forderungen des Verbandes einen Akt kollegialer Solidarität bedeuteten, auf der überhaupt das ganze Verbandswesen basiere, und nachdem mit immer steilerem Abwärtsbiegen der Absatzkurve die Aufrechterhaltung der damaligen Arbeitszeit die Existenz von immer mehr Kollegen gefährdet wurde, machte die an dem Vorgehen des Verbandes anfänglich geübte Kritik einer besseren Einsicht Platz. So kam es, daß bei besonders starkem Absatzrückgang durch gegenseitige Verständigung

40 Jahre Treue zum Verband



Thomas Gerkens
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 15. 5. 1886

Johannes Schulz
Böttcher, Stettin
Eingetreten 1. 7. 1890

Karl Wendtlandt
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 11. 4. 1886



August Thieß
Böttcher, Stettin
Eingetreten 1. 10. 1890

Leo Glebinski
Böttcher, Bremerhaven
Eingetreten 1. 2. 1890, jetzt Invalide

Karl Henschel
Böttcher, Magdeburg
Eingetreten 1. 11. 1890

besonders zur Last fallen, vollständig verschont bleibt.

Ueber die Qualifikation der Bäckermeister erfahren wir, daß zur Führung des Meistertitels 71 895 (71 171) im Bäckergewerbe, 1028 im Konditorenhandwerk und 197 in anderen Handwerken berechtigt sind. Die Berechtigung zur Anleitung von Lehrlingen haben 74 427 (73 593) auf Grund ihrer Meisterprüfung oder behördlicher Verleihung und 1017 zur Anleitung von Konditorlehrlingen.

Die in den berichteten Betrieben beschäftigten Personen einschließlich der Familienangehörigen verteilen sich auf folgende Sparten:

71 481 (75 131)	Bäckergesellen,
3 046 (3 556)	Konditorgehilfen,
56 330 (59 217)	Bäckerlehrlinge,
636 (615)	Konditorlehrlinge,
7 652 (8 343)	Verkaüferinnen,
21 908 (24 095)	sonstige Hilfskräfte.

Bemerkenswert ist der Rückgang des beschäftigten Personals. Bei den Bäckergesellen ist ein solcher von 3650, bei den Konditorgehilfen von 510, bei den Bäckerlehrlingen von 2887, bei den Verkäuferinnen um 691 und bei sonstigen Hilfskräften um 2187 eingetreten. Gewiß wird in erster Linie der Rückgang der Beschäftigten von der allgemeinen Wirtschaftskrise mit beeinflusst worden sein. Aber auch die Zunahme der Maschinenbetriebe wird wesentlich dazu beigetragen haben. Von einer durchgreifenden Einschränkung der Lehrlingshaltung kann aber dennoch keine Rede sein. Das Verhältnis der Lehrlinge zu der Gehilfenzahl ist noch erschreckend

im Betrieb die Arbeitszeit noch unter das Maß der Fünftageweche heruntergedrückt wurde.

Nicht immer war dabei die Notwendigkeit, sondern vielfach auf der Arbeitgeberseite auch der Drang nach einem „besonderen Geschäft“ das Ausschlaggebende. Und nicht immer vermochten die direkt interessierten Kollegen sich gegenüber diesem Drang durchzusetzen, so daß in solchen Fällen auch noch auf diese Art die Arbeit intensiver wurde.

Der 1930 aufgestellte Grundsatz schloß auch das Abrufen notwendiger gewordenen Ueberarbeit in sich, das sich im allgemeinen durchsetzte, aber auch mißbräuchlich ansah, indem auf Arbeitgeberseite dadurch vielfach der Einstellung von mehr Arbeitern ausgewichen wurde. Begünstigt wurde das wiederum von den Arbeitern, indem man beliebig viel Ueberarbeit zum Abrufen zusammenkommen ließ und sich oftmals nicht getraute, auf Abrufen derselben zu bestehen. Besonders stark zu beobachten war das beim Fahrpersonal.

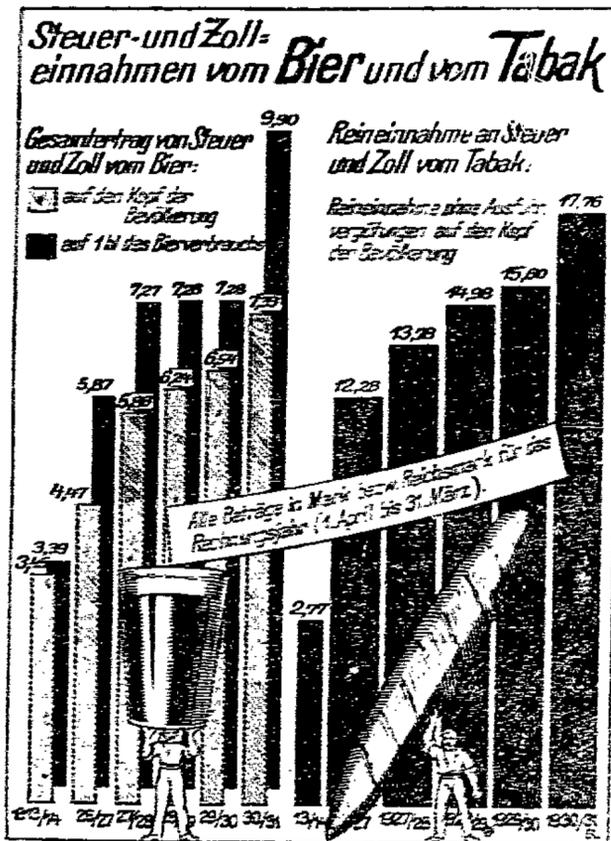
Was die Form der Fünftageweche anlangt, so war das Ziel des Verbandes ein feststehender gleicher Aussetzttag für alle Arbeitnehmer und Betriebe innerhalb des gleichen Vertragsgebietes, eine Forderung, die, mit wenigen Ausnahmen, bei der Gegenseite teilweise auf den härtesten Widerstand gestoßen ist. Und wenn nach der Richtung dort, wo anfänglich diesem Grundsatz zugestimmt wurde, mit der Zeit Lockerungen Platz griffen und der Aussetzttag nach Kategorien oder nach Tagen unbeständig wurde, so waren auch daran meist die Kollegen selbst schuld. Und meist erlagen solche Kollegenkreise am ersten dem Drängen der Arbeitgeberseite, die sich sonst am radikalsten gebärdeten. Wenn z. B. in dem territorial großen Tarifbereich der „Interessenvereinigung Thüringischer Brauereien“ es zu einem solchen Abkommen offiziell nicht kam, so deshalb, weil durch das Zusammenklappen der in den ausschlaggebendsten Betrieben fungierenden, radikal eingestellten Betriebsräte vor ihren Arbeitgebern stets vereitelt wurde. Mißbräuchlich geübt wurden die Abkommen über die Fünftageweche auch insofern, als an Aussetzttagen kaufmännisches Personal und in anderen Verbänden organisierte Vorarbeiter sich zur gewerblichen Arbeit hergaben, wobei auch Lehrlinge mit herangezogen wurden. Im letzteren Fall berief man sich darauf, daß das Lehrlingsverhältnis kein Arbeits-, sondern ein Erziehungsverhältnis sei. Auch hier richtete sich der mehr oder weniger große Erfolg der Arbeitgeber nach dem, was die übrige Kollegenschaft dagegen unternahm, ob sie dem zusah und dem Verband solche Vorgänge verschwiegen oder dagegen anging.

Die Einführung der Fünftageweche zeigte bald Rückwirkungen auf die Tarifbestimmungen. Von Arbeitgeberseite wurde diese Notzeit dazu benutzt, Stundenlöhne an Stelle der Wochenlöhne zu fordern, Urlaub und die Fortzahlung des Lohnes bei Krankheit nach § 616 BGB. allgemein zu kürzen und dann noch der Kurzarbeit anzugleichen. Mit der Forderung der Stundenlöhne sollte die Feiertagsbezahlung mit einem Federstrich beseitigt werden. In fast keiner Arbeitgeberforderung der letzten Zeit fehlte mindestens die Anpassung der Urlaubstage bzw. Entschädigung an die gekürzte Arbeitszeit, wobei diese Forderungen in die unmöglichsten Formeln gekleidet waren. Ähnlich versuchte man mit wechselndem Erfolg die Zeit bzw. die Sätze für die Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen zu kürzen und auch, was ganz neu war, die Fortzahlung von Entschädigungen bei

Krankheit, die eventuell in die Urlaubszeit fallen kann, miteinander zu verkoppeln. Wenn alle diese Nebenerscheinungen an dieser Stelle mit erwähnt werden, so deshalb, um zu zeigen, wie von der Arbeitgeberseite jede Gelegenheit wahrgenommen wird, sich sozialpolitisch zu entschädigen.

Die wachsende Steuerlast auf Bier und Tabak

So wenig beliebt Steuern im allgemeinen sind — die Steuern auf Bier und Tabak gehören zweifellos zu den unpopulärsten Steuerlasten. Die Biersteuer hat ja auch schon seit Jahrhunderten unter den verschiedensten Bezeichnungen eine stark umkämpfte Rolle gespielt. Sie wurde als Malz- oder Einmischungsteuer, als Bottich- oder Kesselsteuer, oder, wie in Deutschland, nach dem Biersteuergesetz als Fabrikatsteuer erhoben, die dann regelmäßig dem Reichssäckel Hunderte von Millionen



Mark zuführte und daneben noch manchen schwachen Gemeindeetat stützen half. Unsere Bildstatistik gibt eine Uebersicht des Biersteuerertrages von 1913 bis 1931 auf den Kopf der Bevölkerung und auf je 1 Hektoliter des Bierverbrauchs berechnet. Noch stärker als das Bier wurde der Tabak von Steuer und Zoll erfaßt; auf den Kopf der Bevölkerung entfallen hier Beträge in etwa doppelter Höhe der Biersteuereinnahmen. Von den Tabaksteuereinnahmen entfielen durchschnittlich: auf Zigaretten 60 Proz., Zigarren 20 Proz., auf Pfeifentabak (Fein- und Grobschnitt) 17 Proz. und der Rest auf Kau- bzw. Schnupftabak und Zigarettenhüllen.

Die Arbeitslosigkeit, soweit die Brauerei in Frage kommt, ist sehr stark in der Rationalisierung begründet, wenn auch das Abgleiten der Absatzkurve, das mit dem Inkrafttreten der überhöhten Biersteuersätze einsetzte, den Brauereiarbeitern viel Arbeitslosigkeit brachte. Gewiß hat die Einführung des Achtstundentages den Folgen der schon vor dem Krieg stark eingesetzten Rationalisierung entgegen gewirkt. Als Tatsache bleibt aber bestehen, daß der Teil von menschlicher Arbeit am Produkt jetzt ungleich schwächer ist als vor Jahrzehnten, daß die motorische Kraft stark überwiegt. Da für eine solche Nachfrage nach Produkten, die beim Achtstundentag alle brachliegenden Arbeitskräfte aufzusaugen geeignet sein könnte, nach Lage der Dinge vorerst noch keine Voraussetzungen fehlen und weil es keiner Gesellschaftsschicht Wille sein kann, das große Heer Arbeitsloser dauernd zu halten, ergibt sich nur das eine: die vorhandene Arbeit auf alle Arbeitskräfte zu verteilen.

Wir haben uns folglich auf der ganzen Linie auf eine Verkürzung der Arbeitszeit einzustellen, auf der wieder ein Lohn aufgebaut werden muß, der einigermaßen Lebensmut und Arbeitsfreude ermöglicht. Kein für den Verband in Frage kommender Industriezweig ist durch Besteuerung so stark in Mitleidenschaft gezogen worden, wie die Brauerei. Dabei hat von allen Gruppen im Verband die der Brauereiarbeiter die niedrigste Ziffer über Erwerbslosigkeit aufzuweisen, weil hier viel Erwerbslosigkeit durch gestreckte Arbeit verhütet und ordnend durch den Verband gewirkt wurde. Ohne dessen systematische Arbeit der letzten Jahre würde es um die Arbeitsbedingungen in den Betrieben schlimm aussehen. Wie bestimmt das sein würde, wird den Funktionären des Verbandes täglich klar gemacht. So haben nach den Berichten der Bezirksleiter über den Stand der Arbeitszeit in den Brauereien Arbeitgeber in der letzten Zeit wiederholt frohlockt, daß es ja seit dem 30. April 1932 überhaupt keine Tarifverträge mehr gebe, nach denen man sich richten brauchte. Dem Verband bleibt auch die zukünftige Ordnung der Löhne und Tarifverträge weiter vorbehalten.

Stärkt daher den Verband. Führt ihm den letzten Rest der noch unorganisierten und nicht richtig organisierten Kollegen in den Brauereien und verwandten Betrieben als Mitglieder zu. Nur das verbürgt uns den sicheren Erfolg. O. H.

Krise im Fleisergewerbe

Keine Besserung zu erwarten.

Unsere Befürchtungen, daß die Wirtschaftskrise auch das Fleisergewerbe immer mehr in Mitleidenschaft zieht, sind nur zu berechtigt gewesen. Da das Fleisergewerbe ein reines Konsumgewerbe ist, mußten sich hier Lohnabbau und Kaufkraftminderung mit am stärksten auswirken. Daran ändern auch nichts die niedrigen Vieh- und Fleischpreise. Im Gegenteil, der derzeitige niedrige Preisstand konnte den Fleisch- und Wurstverzehr ausfallen nicht wettmachen. Es ist ein zu tiefer Schnitt in das Gehalts- und Einkommen der Konsumenten vorgenommen worden, der sich in Zukunft noch katastrophaler auswirken muß. In der erschreckend starken Zunahme der Arbeitslosigkeit mit rund 28 000 arbeitslosen Fleischer-gesellen ist noch kein Stillstand festzustellen. Die Lawine Arbeitslosigkeit fordert neue Opfer, je mehr die Lebenshaltung der breiten Massen herabgedrückt

Das altbremische Müllergewerbe

Bremen war eine der ältesten und festesten Hochburgen des Zunftwesens. Eine eigentliche urkundliche Geschichte des bremischen Zunftwesens läßt sich erst von der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts an nachweisen. Aus dieser Zeit stammen nämlich die ersten Zunftrollen. Jedoch reicht ganz zweifellos der Ursprung der Zünfte in Bremen in frühere Zeiten zurück. Das ergibt sich u. a. daraus, daß die Zunftrollen vom dreizehnten Jahrhundert auf frühere Zunftverfassungen, Zunfteinrichtungen und Privilegien Bezug nehmen.

Von großer Wichtigkeit für die innere Entwicklung des bremischen Handwerks war das Jahr 1273, in dem die Aemter ihre eigene Gerichtsbarkeit vom Rate empfangen. Die Aemter saßen über ihre Amtskinder zu Gericht, ausgenommen für diejenigen Fälle, wo der Rat nicht begnadigen durfte. Und sie halfen seitdem alle Arten von Strafen verhängen und Abgaben für Gewinnung des Amtes festzusetzen.

Das 13. und 14. Jahrhundert gehört zur Blütezeit des bremischen Handwerks. Es ist die Zeit des aufstrebenden Bürgertums, das zur Freiheit und Selbständigkeit erstarkt, zu immer größerem Wohlstand gelangte. Um diese Zeit sind die Aemter noch ziemlich frei von den Ausartungen späterer Jahrhunderte. Während die Aemter in den ersten Jahrhunderten ihres Bestehens das Schauspiel kraftvollen Aufstrebens bieten, sind sie in späteren Jahrhunderten die Forderer kurzfristigen Egoismus und damit zugleich Hemmnis des gewerblichen Aufschwungs geworden. So wurde das 17. und 18. Jahrhundert die Periode des Stillstandes im Handwerk. In den ersten Jahrhunderten ihres Bestehens haben

die Aemter in Bremen ihre Angelegenheiten durchaus selbständig geregelt. Die Morgensprache wurde vor den aus den Amtsmitgliedern gewählten Vorstehern gehalten, die „magistri, mester“ heißen. In den sechziger Jahren des 14. Jahrhunderts entbrannten in Bremen blutige Kämpfe, die durch einen Aufstand der Aemter veranlaßt waren. Die Aemter bildeten eine Vereinigung unter dem Namen „granden Cumpanie“. Die Handwerker spielten dem Erzbischof durch Verrat die Stadt in die Hand. Der Aufstand wurde mit Hilfe der Grafen von Oldenburg und Delmenhorst niedergeschlagen. Die Folge war, daß die Aemter sich die Kontrolle des Rates durch Einsetzung von Morgensprachsherren bei ihren Zusammenkünften gefallen lassen mußten.

Ohne Stadtmühlen war im Mittelalter nicht auszukommen. In Bremen scheinen die ersten Mühlen Wassermühlen gewesen zu sein. Sie lagen an der Weserbrücke und waren vom Rat der Stadt an die Wassermüller verpachtet. Die Bremer Wassermühlen waren, wie sehr häufig im Mittelalter, Schiffsmühlen. Sie waren an Pfählen befestigt, die mit der Weserbrücke in Verbindung standen. Bei Hochwasser und Eisgang mußten die Schiffsmühlen einen geschützten Platz an dem Ufer aufsuchen; man nannte dieses Manöver „ablegen“. Der Mahlbetrieb war nur möglich, solange die Schiffsmühlen an der Brücke lagen. Dieserhalb und weil das Ab- und Anlegen der Mühlen nicht ungefährlich und auch nur unter Mithilfe aller Müller möglich war, wurden die Mühlen nur im äußersten Notfall abgelegt. Schon im Jahre 1250 erhielten die Wassermüller das Recht, im Strome zu fischen. Als Gegenleistung mußten sie Werder und Schlachte gegen Wasser und Eisgang befestigen. Die Zahl der Wassermühlen betrug im

Jahre 1633 11, sie blieb es bis ins 19. Jahrhundert, dann waren ihre Tage gezählt. Als der Neubau der Weserbrücke beschlossen wurde, kaufte ihnen der Senat im Jahre 1840 die Schiffsmühlen für 52 600 Reichstaler plus 1200 Reichstaler Zinsen ab, nachdem zuvor jahrelang mit ihnen verhandelt war.

Die Wassermüller wurden mit der Zeit selbst Eigentümer der Schiffsmühlen und erhielten auch das Amt, wie man die Zunft in Bremen nannte. An der Spitze des Amtes standen die beiden Amtsmeister, der Alt- und Jungmeister. Die Aufsicht über das Amt führten zwei Morgensprachsherren, die für ihre Tätigkeit die halben Strafgelder erhielten. Die Bäcker bevorzugten das Mehl der Wassermüller vor dem der anderen Müller, weil es an Güte das andere Mehl übertraf. Auch war der Mahlbetrieb, trotzdem er langsam vor sich ging, nach Menge ergiebiger.

Auch gab es im alten Bremen Handmühlen, Quernen genannt. Ihre Zahl sowie die Namen der Besitzer sind genau verzeichnet. Es sollen 80 gewesen sein, die auf vier Kirchspiele verteilt waren.

Im 14. Jahrhundert entstanden die Windmühlen, die zum Teil auf der Stadtmauer errichtet wurden. Die ersten Windmühlen sollen der Kaufmannschaft gehört haben. Noch heute deutet die Straße Kaufmannsmühlencamp auf diese Mühlen hin. Aus Plänen und Ansichten der Stadt, die im Staatsarchiv und in der Stadtbibliothek aufbewahrt werden, wissen wir, daß im 16. Jahrhundert zunächst 2, dann 3 Windmühlen, im 17. Jahrhundert 10 Windmühlen, im 18. Jahrhundert 12 bis 14 Windmühlen vorhanden waren. Im 18. Jahrhundert lehnten sich die Windmüller an das Amt der Wassermüller an. Erst 1801 kamen sie ins eigene Amt. Später ist der Verdacht

wird. Bald sind wir so weit, daß Fleisch und Wurst, weil die Massen nicht mehr das Notdürftigste zum Leben haben, „entbehrliche“ Lebensmittel sind, I. Zeichen des vielgerühmten „Wohlfahrtsstaates“!

Auf den Viehmärkten macht sich allenthalben ein teilweise recht starker Rückgang der Viehauftriebe bemerkbar. Nach dem „Deutschen Reichsanzeiger“ betrug der Rückgang im Juni gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres bei Rindern 2 Proz., bei Kälbern 3,5 Proz., bei Schweinen 17,6 Proz. und bei Schafen 10,6 Proz. Diese sinkende Tendenz der Auftriebszahlen läßt zweifellos den Schluß zu, daß mit einem merklichen Anziehen der Viehpreise zu rechnen ist, wengleich die zuständigen Fachkreise die Lage recht optimistisch beurteilen. Man meint, daß angesichts der schlechten Wirtschaftslage mit einer Preisfestigung nicht zu rechnen sei. Analog unserer Auffassung, daß Angebot den Preis regelt, ist die von uns gehegte Befürchtung nicht ganz unberechtigt. Wiederum dürfte nicht zutreffen, daß mit Beginn einer besseren Konjunktur auch eine Preissteigerung eintritt. Für normale Zeiten allerdings mag das eine zutreffende Prognose sein.

Ebenso stark von der Wirtschaftskrise ist die Einfuhr von Lebendvieh und Frischfleisch beeinflusst. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1931 ging die Lebendvieheinfuhr von Januar bis Juli 1932 um 67 497 Stück zurück. Beim Frischfleisch ergab sich in der gleichen Zeitspanne ein Einfuhrückgang von 63 431 Doppelzentner. Die Ursachen dieses Rückganges sind in den deutschen Zollmaßnahmen und in den deutschen Inlandpreisen zu suchen. Eine Ausnahme machte lediglich die Einfuhr von Schweinespeck, die von 58 000 Doppelzentner im 1. Halbjahr 1931 auf 101 936 Doppelzentner oder um 43 936 Doppelzentner stieg. Auch bei den tierischen Fetten, die hauptsächlich in der Margarineindustrie Verwendung finden, ist eine Einfuhrzunahme um 95 000 Doppelzentner zu beobachten. Neuerdings sind starke Bestrebungen im Gange, durch beträchtliche Erhöhungen der Zölle eine derartige Einfuhr praktisch unmöglich machen.

Schließlich sei der sogenannte „Kleine Grenzverkehr“, der die Mitnahme kleinerer Quanten unverzollt über die Grenze gestattet, noch erwähnt. So wurde nach den amtlichen Erhebungen über den deutschen Außenhandel festgestellt, daß im 1. Halbjahr 1932 6199 Doppelzentner Rind- (Kalb-), 5854 Doppelzentner Schweinefleisch und 98 Doppelzentner Schaffleisch eingeführt wurden. Rechnet man weitere 283 Doppelzentner Schweinespeck hinzu, so passierten 12 434 Doppelzentner Fleisch die Grenze, das den „legalen“ Handel nicht berührte.

Die Lage des Fleischergewerbes ist keineswegs rosig. Mit einer weiteren konjunkturellen absteigenden Entwicklung muß gerechnet werden. Das deutsche Wirtschaftsleben ist zu fein verästelt, und demzufolge ist es unmöglich, daß sich plötzlich in einem einzelnen Gewerbe die Dinge zum Besseren wenden, während die gesamte übrige Wirtschaft brach darniederliegt. Erst wenn es gelingt, die gesamte Wirtschafts- und Weltwirtschaftskrise erfolgreich bekämpfen zu können, wird auch das Fleischergewerbe mit den Beschäftigten entsprechend profitieren.

Willst du Verleumder brandmarken,
So leih ihnen nimmer dein Ohr,
Und laß sie ersterben vor Scham.
Dann wirst du selber erstarken.
Du kommst ihnen immer zuvor
Und machst die Erbärmlichen zahm.

Hermann Eilfeld.

ausgesprochen worden, daß das Amt der Windmüller nicht zu Recht bestehe und ihre Organisation wurde ab 1824 als Sozietät bezeichnet.

Unterschiede bestanden bei den Mühlen bezüglich des verarbeiteten Produkts. Die meisten Mühlen waren zum Mahlen von Roggen und Malz eingerichtet, doch gab es auch solche für Grütze und Scheldegerste. Weizengänge hatten nur wenige Mühlen. Die Mühlen am Ostertor und am Buntentorswall erhielten 1766 je einen Weizengang.

An Mahllohn erhielten die Müller eine feste Taxe. Bis um 1500 herum bestand der Mahllohn in einem bestimmten Teil des Kornes, das zum Mahlen gebracht wurde. Später wurde der Mahllohn in Geld entrichtet. Die Müller und auch ihre Knechte mußten dem Rat schwören, kein Korn zu mahlen, für das nicht ordnungsmäßig Akzise- und Konsumtionszettel beigebracht waren.

Akzise und Konsumtion waren zwei ältere Bremer Besteuerungsarten. Die erste Erwähnung der Akzise für Bremen finden wir in einer Urkunde des Jahres 1369, in der bestimmt wird, daß die Akzise für Wein 20 Jahre zum Besten der Erhaltung der Stadtmauer erhoben werden soll. Eine nähere Regelung erfuhr die Akzise sodann im Jahre 1628 durch die Akziseordnung. Eine Besteuerung späteren Datums war die Konsumtion, die der Kriegsnot des Dreißigjährigen Krieges ihre Entstehung verdankt. Von ihrem Ertrag wollte man die Soldaten unterhalten. Gleichzeitig mit der Akziseordnung trat 1628 auch eine Konsumtionsordnung in Kraft. Die Müller mußten außerdem dem Räte schwören, ehrlich mit den Mahlgästen zu verfahren, auch mußten sie ihren Eid dem Amte leisten.

H. K.

Kein Fleischer im neuen Reichstag?

Die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“, das Organ der Fleischermeister, stellt mit zwei nassen Augen fest, daß im neuen Reichstag kein Fleischer vertreten ist, denn die bisherigen Abgeordneten, Fleischermeister Freybe-Stettin und Schneidewind-Köln, die von der Wirtschaftspartei aufgestellt wurden, sind nicht wiedergewählt. Daraus wird geschlossen, daß der neue Reichstag keinen Sachverständigen für Vieh und Fleisch besitzt. Uns scheint, als ob die Zeitung ihren Blick nur der Wirtschaftspartei zugewendet hat, andernfalls müßte sie wissen, daß unser Kollege Bergmann-Hamburg, von Beruf Fleischer, in den Reichstag wiedergewählt wurde. Er ist allerdings kein Fleischermeister und wird auch nicht die egoistischen Interessen der Fleischermeister im Reichstag wahrnehmen. Nichtsdestoweniger ist er sachverständig für Fleisch und Vieh, und die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ wird, sofern der Reichstag überhaupt arbeitsfähig wird, Gelegenheit haben, das mehr als einmal festzustellen.

Im übrigen ist an den nichtwiedergewählten Ab-



„und wo bleibt unser Drittes Reich?“

geordneten Freybe und Schneidewind wirklich nicht viel verloren. Ihre Sachkenntnis war beschränkt auf die Erfahrungen, die sie in der Wurstküche sammelten. Noch in allzu guter Erinnerung ist die Blamage, die Schneidewind anlässlich seiner ersten und wenn wir recht unterrichtet sind, auch seiner letzten Rede im vorigen Reichstag erntete. Er hat damals nicht nur sich, sondern dem Fleischergewerbe einen Bärendienst erwiesen. Vielleicht ist darauf auch zurückzuführen, daß die Wirtschaftspartei so kläglich zusammengehauen wurde. Die Fleischermeister selbst haben ihren Kollegen die Gefolgschaft versagt. Nach der letzten Gewerbezahlung wäre es nämlich sehr gut möglich, daß die Fleischermeister mit ihren Angehörigen für zwei Abgeordnete 120 000 Stimmen aufbringen. Sie haben es vorgezogen, nationalsozialistisch zu wählen in der Meinung, daß Prinzen und Generäle als Abgeordnete sicher sachverständig sind für Ochsen und Kälber.

Hilfsbedürftigkeit und Alu

In ihrer Notverordnung vom 14. Juni 1932 hat die Papen-Regierung der Reichsregierung weitgehende Vollmachten gegeben, die Arbeitslosenversicherung zu „sanieren“. Mit bewundernswürdiger Schnelligkeit hat auch der Reichsarbeitsminister unterm 16. Juni eine Verordnung über die Höhe der Arbeitslosenunterstützung erlassen. Der Inhalt dieser Verordnung — auf die in der Presse schon genügend eingegangen ist — kommt einer Zerschlagung der Versicherung gleich. So ist beispielsweise die Gewährung der abermals verkürzten Alu auf die Dauer von 36 Tagen beschränkt. Auf eine längere Zeit erhält der Arbeitslose nur noch Unterstützung, soweit er „hilfsbedürftig“ ist.

Ueber den Begriff und die Voraussetzungen über das Vorliegen dieser Hilfsbedürftigkeit herrschen noch vielfach Zweifel und Meinungsverschiedenheiten, so daß hierauf einmal eingegangen sei. In der Verordnung vom 16. Juni heißt es, daß für die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit die Vorschriften der Krisenfürsorge gelten. Die bisherigen Vorschriften über die

Krisenfürsorge sind jetzt ebenfalls aufgehoben worden und durch einen Erlaß vom 17. Juni neu geregelt. Auch die Krisenunterstützung wird nur gewährt, wenn der Arbeitslose hilfsbedürftig ist. Es heißt hierüber in dem Erlaß: „Ob Hilfsbedürftigkeit vorliegt, entscheidet sich nach den Vorschriften für die allgemeine Fürsorge in den Reichsgrundsätzen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge in der Fassung vom 1. August 1931 in Verbindung mit § 15 der Reichsgrundsätze.“

Weiter hat der § 172 des Gesetzes eine Aenderung erfahren, der sich mit der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit befaßt. Danach ist sowohl bei der Arbeitslosen- als auch bei der Krisenunterstützung die Prüfung über das Vorliegen der Hilfsbedürftigkeit den Gemeinden oder Gemeindeverbänden übertragen. Gegen die Feststellung der Gemeinden kann der Arbeitslose Einspruch erheben. Nähere Bestimmungen über dieses Einspruchsrecht haben die Länder zu erlassen. Wichtig ist die Frage, ob der Vorsitzende des Arbeitsamtes, der über die Gewährung der Unterstützung zu entscheiden hat, an die Feststellung der Gemeinde gebunden ist. Hierüber heißt es: „Soweit die Hilfsbedürftigkeit von der Gemeinde verneint wird, ist der Vorsitzende des Arbeitsamtes an diese Feststellung gebunden; er ist nicht an sie gebunden, soweit die Hilfsbedürftigkeit bejaht wird.“ Was heißt dies nun?

Hat die Gemeinde die Hilfsbedürftigkeit abgelehnt, so darf das Arbeitsamt keine Unterstützung zahlen, auch wenn es gegenteiliger Meinung ist. Hat jedoch die Gemeinde das Vorliegen von Hilfsbedürftigkeit bejaht, so ist der Vorsitzende des Arbeitsamtes nicht an diese Feststellung gebunden, er kann dann nach eigenem Ermessen weitere Ermittlungen anstellen. Wichtig ist nun, daß auch im Streitverfahren um die Unterstützung der Spruchauschuß in der gleichen Weise wie der Vorsitzende des Arbeitsamtes an die Feststellung der Gemeinde gebunden ist. Ueber das Zusammenarbeiten zwischen Arbeitsämtern und den Gemeinden in dieser Beziehung sind noch weitere und nähere Bestimmungen zu erwarten.

Die Sätze der Alu gelten auch in der Krisenfürsorge. Hier werden sie jedoch als Höchstsätze angesehen. Im Rahmen dieser Sätze richtet sich das Maß der Krisenunterstützung nach dem Grade der Hilfsbedürftigkeit. Die Unterstützung darf den Betrag nicht übersteigen, den der Arbeitslose unter Prüfung der Hilfsbedürftigkeit in der öffentlichen Fürsorge erhalten hätte.

Zur Begriffsbestimmung der Hilfsbedürftigkeit führen die oben erwähnten Vorschriften die „Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge“ an. Der § 5 dieser Reichsgrundsätze lautet: „Hilfsbedürftig ist, wer den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine unterhaltberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften oder Mitteln beschaffen kann und ihn auch nicht von anderer Seite, insbesondere von Angehörigen, erhält.“ Zum notwendigen Lebensbedarf gehört nun nicht nur Essen, Trinken und Kleidung, sondern auch Unterkunft, Ausgaben für Erziehung usw. Nach der ständigen Rechtsprechung gilt der als hilfsbedürftig, dem es an bereiten oder flüssigen Mitteln zur Bestreitung des Lebensunterhalts fehlt. Auf Grund der ganzen heutigen Einstellung des Verwaltungsapparats und der Rechtsprechung ist anzunehmen, daß in Zukunft der Begriff der Hilfsbedürftigkeit ziemlich eng ausgelegt werden wird.

Kl—s.

Mehl- und Brotpreise am 1. August

Der Weltgetreidemarkt zeigte auch im Juli infolge der reichlichen Bestände und der günstigen Ernteaussichten eine durchaus ruhige Tendenz. In Deutschland wird dagegen der Markt nach wie vor durch die Stützungsmaßnahmen der übermäßig agrarfreundlichen Reichsregierung beeinflusst. So wurden u. a. die Auslandweizen vermahlenden Mühlen verpflichtet, in der Zeit vom 15. September bis 15. Oktober dieses Jahres einen Monatsbedarf des vorjährigen durchschnittlichen Verbrauchs an In- und Auslandweizen einzulagern, um eine Entlastung des Marktes herbeizuführen und einen Preisdruck durch Ueberangebot zu verhindern. Roggen fand gleichfalls schlanke Aufnahme, weil die Mühlen mit Beginn der Ernte auf die neue Ernte angewiesen waren. Die Preisentwicklung für Brotgetreide gestaltete sich im Durchschnitt der einzelnen Monatsdrittel des Juli wie folgt:

	Ausland	Inland	Berliner
	Weizen Roggen (Manitoba II) pro Tonne, verzollt ab Hamburg	Weizen Roggen ab märk. Stat. (Berliner Notierung pro Tonne)	Weizen-Roggenmehl pro 100 kg
2.—10.	267,50	265,—	240,— 188,— 34,— 27,50
11.—20.	266,25	264,—	239,— 180,— 33,75 26,50
21.—30.	269,50	267,—	250,— 172,— 33,50 27,—

Der Durchschnittspreis für einen Doppelzentner Roggenmehl oder sogenanntes Bäckerbrot nach unserer Statistik, gegenüber dem Vormonat etwas ermäßigt: Am 1. Juli 30,27 M., am 1. August 29,53 M. Der Preis für ein Kilogramm Roggenbrot betrug im Durchschnitt am 1. Juli 37,9 Pf., am 1. August 37,2 Pf. Wir verweisen auf nachstehende Tabelle (nicht berichtet haben diesmal Königsberg, Hamburg, Bremen, Landshut, Frankfurt a. M., Düsseldorf, Essen und Dortmund):

Ort	Preis für		Preis für		Gewicht des Weizenbrotens
	1 dz Roggenmehl	1 kg Roggenbrot (Mischbrot)	1 dz Weizenmehl	1 Weizenbrotchen (Semmel)	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	
Breslau	27,75	36	33,—	4	66
Görlitz	28,75	32,5	37,—	2,5	35
Gleiwitz	29,20	31	36,10	5	65
Ratibor	29,—	33,6	34,—	5	65
Berlin	27,—	36	33,—	2,5	32
Magdeburg	27,—	32	35,50	5	55
Hannover	29,—	34	44,50	2,5	29,5
Leipzig	29,—	31	39,—	4	45
Halle	29,75	30	40,—	3	36
Chemnitz	31,—	36	42,—	4	42—45
Dresden	28,—	37	37,35	4	40—45
Erfurt	31,—	35	38,—	3	38
München	32,—	40	41,—	4	42
Nürnberg	32,40	38	41,50	4	42
Würzburg	31,—	40	41,50	5	60
Stuttgart	32,50	38	40,50	4	40
Mannheim	28,50	37,3	38,40	4	40
Freiburg i. Br.	31,50	42	40,75	4	35
Kassel	29,50	32,5	38,—	3	35
Köln	27,50	43	37,—	3	35
Aachen	29,—	35	37,—	3	38—40
Krefeld	29,50	40	38,50	3	35
Wuppertal	30,50	40	41,—	3	40—50
Bielefeld	28,—	36,5	40,—	2,5	32
	Gulden	Guldpl.	Gulden	Guldpl.	
Danzig	19,50	35	24,50	5	45

1) Durchschnittspreis 2) Feinbrot 3) Mischmehl

Bekanntmachungen des Vorstandes

Ausschlüsse. In Nummer 30 der „Einigkeit“ wurde bekanntgemacht, daß auf Antrag der Ortsgruppe Lauterberg der Kollege Bruno Sticke aus dem Verband ausgeschlossen wurde. Diese Veröffentlichung ist unrichtig. Kollege Sticke ist noch Mitglied. Ausgeschlossen wurde Bruno Becker, Buch-Nummer 24 627, geb. 21. September 1910, eingetr. am 10. Januar 1927. Der Ausschluss erfolgt wegen Streikbruchs.

Zeitungsempfänger. Wir haben Anlaß, nochmals darauf hinzuweisen, daß für die Zustellung der Zeitungspakete, ganz gleich, ob dies durch die Post oder durch den Spediteur geschieht, Zustellgeld nicht gezahlt werden braucht. Das Zustellgeld wird in allen Fällen bezahlt, ehe die Pakete befördert werden. Wir ersuchen alle Zeitungsempfänger, von denen Zustellgeld angefordert wird, uns dies mitzuteilen.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 29. Juli bis 4. August 1932.

Postscheckkonto der Hauptkasse: Berlin 128 79. Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

Ortsgruppen.

St. Ingbert 1824,90, Köln 1000,—, Dessau 1,50, Salzgitter 91,39, Aachen 15,—, Bochum 15,—, Breslau 24,50, Cleve 25,12, Herford 19,58, Mühlheim 37,56, 22,08, Krefeld 15,—, Neustadt Harde 22,56, Trier 26,50, Ulm a. d. D. 19,32, Liegnitz 26,92, Navisbüren 572 54, Berlin 6,70, Calbe 106,63, Gera 150,—, Reichenbach Schles. 150,—, Bielefeld 200,—, Berlin 441,60, Gorkau 100,—, Osterode Harz 27,34, Gera 25,64, Essen 33,—, Eisenach 250,—, Ravensburg 100,—, Augsburg 34,45, Würzburg 56,45, Hamburg 393,64, Northeim 232,50, Hannover 141,92, Wiesbaden 17,65, Erfurt 34,59, Berlin 13,53, Heilbronn 150,—, Schwabingen 210,—, Duisburg 49,16, Landshut 28,37, Magdeburg 105,88, Mannheim 193,40, Rostock 75,64, Stendal 36,48, Breslau 197,75, Saarbrücken 110,64, Stuttgart 71,76, Görlitz 58,50.

Sonstiges.

Berlin 50,—, 250,—, 20,—, 36,—, Olden 1,70, Wandsbek 3,—, Hamburg 3,50, Berlin 180,—, 610,24, 285,—, 660,—, 86,52, 194,64, Augsburg 75,—, Berlin 76,34, 5,—, 86,27, 127,59, 2015,19, Mainz 75,—, Berlin 5,50, 32,—, Seefeld 140,—, Leipzig 30,50, Augsburg 337,50.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Jeder dritte deutsche Arbeiter arbeitslos! Bereits Anfang Juli ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland wieder gestiegen. Für den Sozialpolitiker erhebt sich deshalb die Frage, wie sich der Arbeitsmarkt in Deutschland in Zukunft gestalten soll. Auch das Institut für Konjunkturforschung stellt Betrachtungen über die zukünftige Entwicklung des Arbeitsmarktes an. Auf Grund genauen Materials glaubt diese Forschungsstelle, daß sich die konjunkturelle Arbeitslosigkeit in der nächsten Zeit monatlich um 100 000 bis 110 000 Arbeitskräfte vermehrt. Der Durchschnitt des ganzen Kalenderjahres 1932 würde mithin nicht sehr viel von einer Arbeitslosigkeit in Höhe von 6 Millionen entfernt sein. Im Rechnungsjahr 1932/33 d. h. vom 1. April 1932 bis zum 31. März 1933 wird sich die durchschnittliche Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Größenordnung von 6½ Millionen Arbeitslosen bewegen. Das würde besagen, daß jeder dritte oder vierte Arbeiter und Angestellte ohne Arbeit und ohne ursprüngliches Einkommen sein wird. Daneben gibt es noch eine unsichtbare Arbeitslosigkeit. Die feststehende Arbeitslosigkeit wird durch die Zählungen der Arbeitsämter ermittelt. Andererseits gibt es noch Arbeitslose, die von keiner statistischen Stelle erfasst sind, weil sie keine Unterstützung beziehen oder sonst nicht kontrolliert werden. Diese unsichtbare Reservearmee wird vom Konjunkturforschungsinstitut auf 1 bis 2 Millionen geschätzt. Wir werden also im kommenden Winter mit einer Arbeitslosigkeit von 7 bis 8 Millionen zu rechnen haben. Das furchtbare Elend der Gegenwart wird also keine Linderung, sondern noch

eine Verstärkung erfahren. — Soweit hätten wir es also glücklich unter der glorreichen Führung der Hitler-Barone gebracht.

Neue Liebesgaben für die Landwirtschaft. Trotz der beachtlichen Bedenken, die von seiten der Benzinverbraucher geäußert wurden, hat die Regierung beschlossen, die Spritbeimischungsquote, die bisher 6 Proz. betrug, vom 1. Oktober an auf 10 Proz. zu erhöhen. Diese höhere Beimischungsquote wird, da eine Ermäßigung des Uebernahmepreises nicht beabsichtigt ist, den Automobiltreibstoff um 2,25 Pfennig je Liter verteuern. Diese zusätzliche Belastung wird den ohnehin schon stark behinderten Automobilverkehr weiter drosseln. Die stärkere Verwendung von Spirit als Treibstoff ist eine Forderung der Großagrarien. Sie haben es schon unter der Regierung Brüning verhindern können, daß das Brennrecht entsprechend des verringerten Spritbedarfs herabgesetzt wird. Die Folge war, daß das Branntweinmonopol in den angesammelten Spritvorräten zu ertrinken droht. Diese Vorräte sollen durch den erhöhten Spritbeimischungszwang vermindert werden. Die Regierung ist sich natürlich bewußt, daß mit dieser Regelung nicht nur der Autoverkehr, sondern auch der Branntweinmonopol empfindlich getroffen wird. Das scheint jedoch unmaßgeblich zu sein, Hauptsache ist, daß die Großlandwirtschaft ihre Subventionen nicht verliert.

Ein Graf

drei Freiherren und zwei gewöhnliche Adlige bilden die unter Billigung Hitlers zusammengesetzte Reichsregierung.

Ein Prinz

drei Freiherren, ein Graf, und drei sonstige Adlige gehören als nationalsozialistische Abgeordnete dem Preußen-Landtag an.

Kein Arbeiter

wird sich einreden lassen, daß diese feudale Gesellschaft jemals ernstlich gewillt ist, die Belange der Arbeiterschaft zu wahren.

Das ist die Nationalsozialistische Arbeiterpartei

Brauerei-Sanierung mit Reichshilfe. Der „Vossischen Zeitung“ Nr. 375 entnehmen wir: Die Frankfurter Brauhaus a. G. m. b. H. schließt 1931 bei rund 2 Mill. Mk. Gesamterlös und 1,11 Gesamtausgaben mit 1,51 Verlust ab, der sich um den Vortrag auf 1,47 Mill. verringert (i. V. Reingewinn von 0,15 Mill. RM.). Der Verlust wird durch den Rückgang im Bierausstoß und auf Ausfälle bei Mitgliedern zurückgeführt. Enthalten sind in ihm u. a. 0,47 Mill. Abschreibungen auf Anlagen und 0,56 Mill. auf Forderungen neben 0,18 Mill. Rückstellungen für gefährdete Forderungen. Der Verlust soll durch Abschreibung der Reserven von 0,55 Mill. Mk. und rund 90 Proz. der Geschäftsguthaben von 0,92 Mill. (insgesamt 1,03 Mill.) beseitigt werden. Mit den Hauptgläubigern ist gegen Teilzahlung eine zinslose drei- bis fünfjährige Stundung vereinbart worden. Da das Brauhaus aus eigener Kraft die Zahlung nicht leisten kann, soll ihm aus dem Rationalisierungsfonds der Reichsregierung für gewerbliche Genossenschaften ein nicht rückzahlbarer Zuschuß von 150 000 Mk. gewährt werden unter der Bedingung, daß neben der erwähnten Stillhaltezusage der Gläubiger die Geschäftsanteile je Mitglied um 150 Mk. auf 650 Mk. erhöht werden unter Beibehaltung der jetzigen Haftsumme von 1000 Mk.

Kommt die Margarinesteuer? Der armen Bevölkerung in Deutschland drohen neue Lasten. Von landwirtschaftlicher Seite wird gefordert, die Margarine zu besteuern. Man will die Margarine so teuer machen, daß sie nicht billiger ist als die billigste Butter. Daran wird die Hoffnung geknüpft, daß eine Abwanderung von der Margarine zur Butter erfolgt. Diese Rechnung hat ein Loch. Die Einkommensverhältnisse sind heute derart, daß wie das Konjunkturforschungsinstitut feststellte, auch die billigsten Produkte bereits nicht mehr gekauft werden. Wenn also die Margarine verteuert wird, dann wird diese und auch die Butter nicht gekauft werden. Der einzige Erfolg der Margarinesteuer würde darin bestehen, die Lebenshaltung der breiten Massen noch weiter zu verschlechtern. Dagegen muß schon heute energisch protestiert werden. Der Mehrzahl der Bevölkerung geht es bei weitem schlechter als den Großgrundbesitzern, auf deren Verlangen die Margarinesteuer eingeführt werden soll. Wir wagen allerdings zu zweifeln, daß die Reichsregierung den Forderungen der Agrarier widersteht. Sie sieht in den vielen Hitler-Wählern eine Unterstützung ihrer Politik, sie wird deshalb auch weiterhin denen, die viel haben, Liebesgaben in den Schoß werfen.

Deutschlands jährlicher Fischverbrauch. Die deutsche Hochseeflotte konnte im Jahre 1930 530 000 Zentner Heringe fangen, die gleich an Bord geweidet und ge-

salzen wurden. Dazu kamen aber weitere 1 200 000 Zentner grüne Heringe, und weil auch dieses Quantum nicht zur Deckung des innerdeutschen Bedarfs ausreichte, wurden weitere 6 Millionen Zentner gesalzene und grüne Heringe im Werte von über 80 Millionen Mark aus dem Ausland eingeführt. Daraus ergibt sich das sonderbare Verhältnis, daß von jeweils fünf verzehrten Heringen in Deutschland nur einer deutscher Herkunft ist.

Gegnerische Organisationen

Tagung der Bäckermeistersöhne. Ende Juni veranstalteten der „Verband der Fachvereine der Bäckermeistersöhne“ in Altona seinen 17. Verbandstag. Reichhaltig war die Tagesordnung, aber noch viel mehr Zeit wurde dem Vergnügen geopfert. Bäckermeister Dunkel, Erfurt, hielt einen Vortrag über „Berufsgedanken und die Jugend“. Dieses frühere M. d. R. der pleitegegangenen Wirtschaftspartei brachte nur alte, zünftlerische Ladenaufreißer vor, so daß sich auch eine Diskussion darüber überflüssig erwies. Der Obermeister von Altona hätte mit seinem nichtendwollenden Vortrag bald der Leitung einen bösen Strich durch die Rechnung gemacht, so daß ein weiteres Referat über „Allgemeinbildung der Handwerkerjugend“ vollständig verlorenging. Die Einschaltung des gemüthlichen Teils durfte unter keinen Umständen ausfallen. Auto- und Hafenundfahrt nebst Kabarettinlagen in den Abendstunden, ein von der Margarinefabrik I. H. Mohr & Co., Altona, finanziertes Bordfest und eine Helgolandfahrt, deren Kosten „trotz der schwierigen Wirtschaftslage“, vom Harburger Mühlenbetrieb übernommen wurde, trugen keineswegs zur Steigerung des Interesses an der weiteren Tagung bei. Nur als der von Altona vorliegende Antrag, die Verbandsfirma zu ändern und sie „Verband der Fachvereine der Bäcker Deutschlands und Oesterreichs“ zu taufen, zur Beratung stand, entspann sich noch eine lebhaftige Debatte, die das Ergebnis zeitigte, daß der alte „ehrenhafte und traditionelle“ Name beibehalten wurde.

Der politische Einschlag der Teilnehmer machte sich unverhohlen im faschistischen Fahrwasser bemerkbar. Sehr oft wurden Nazilieder mit entblößtem Haupt und erhobenem Arm gesungen. Auch die Hakenkreuzabzeichen hatten neben der Vereinsnadel einen Platz gefunden, und der Faschistengruß „Heil“ wurde bei jeder Gelegenheit zum besten gegeben. Dieser Nazirummel muß nunmehr dem beschlossenen Schlachtruf „Zunftheil“ Platz machen. „Wie die Alten sangen so zwitschern auch die Jungen.“ Wenn sie bei den Faschisten nicht auf ihre Rechnung kommen, dann werden sie bald in einer anderen Partei unterschlüpfen. Für uns heißt es: Augen auf, auch hier steht unser Feind!

Unternehmertum

Internationale Bäckereiveranstaltung. Das faschistische Italien treibt eine intensive Brotpolitik. Die Autarkiebestrebungen sind dort am stärksten. Es soll in der Getreidewirtschaft zur Eigenversorgung kommen. Die Mehl- und Brotherstellung wurde schematisiert und nun sollen die Bäckereien modernisiert werden ohne Rücksicht auf die kleinen und mittleren Existenzen. Das Gesetz schreibt vor, bis 1933 muß jeder Betrieb in Orten über 20 000 Einwohner oder sonst durch Verfügung des Präfekten, eine tägliche Leistungsfähigkeit von 25 Doppelzentner Mehl haben, mit Knetmaschine, Teigteil- und Formmaschine und indirekt beheizten Ofen ausgestattet und für kontinuierlichen Tag- und Nachtbetrieb eingerichtet sein.

Die internationalen Bäckereiveranstaltungen, die in Rom stattfanden, sind als ein Teil dieser Brotpolitik zu betrachten. Es soll auch ein internationales Institut für Bäckerei und ein internationales Zentralorgan für Müllerei und Bäckerei gegründet werden. Träger dieser Arbeiten ist der uns nicht unbekannt Luraschi, Präsident der italienischen faschistischen Bäckermeisterorganisation.

Die Maschinenausstellung in Bologna war mit einer Ausstellung von Gebäcksorten verbunden. Die Brotweltschau in Rom brachte Gebäcke aus aller Welt zusammen, so umfassend wie es bis heute noch nie der Fall gewesen sein dürfte. Das Ausstellungsmaterial soll in einem Brotmuseum erhalten werden. Es bot dem Beschauer ein sehr gutes Bild der Bäckerei in den einzelnen Ländern. Der Brotschau angeschlossen war eine Ausstellung der internationalen Fachliteratur. Es war erfreulich und überraschte, daß auch gewerkschaftliche Literatur ausgelegt hat; auch die Berichte des Internationalen Büro für Arbeit waren da und in der Ausstellungsnummer der italienischen Bäckermeisterzeitung wurde das Bildnis von Albert Thomas gebracht.

Der Kongreß in Rom befaßte sich mit den technischen und wissenschaftlichen Fragen der Brotbereitung, nicht aber mit organisatorischen Dingen. Die Brotherstellung, so wurde eingangs ausgeführt, erfolge heute nicht mehr nur gefühlsmäßig, sondern sei auch vom Intellekt geleitet. Es sind daher die fachwissenschaftlichen Erkenntnisse der Praxis, auch international, nutzbar zu machen, denn die Bedeutung des Brotproblems verlange dies.

Bei den eigentlichen Arbeiten vermißte man leider eine stärkere Mitarbeit der Praktiker. Es fehlten vor allem auch einige praktisch-technische Referate, die bei der Verschiedenheit der Bäckerei in den einzelnen Ländern

erst die Grundlage für eine internationale Besprechung bilden konnten. Dann wurden auch zuviel nebensächliche Dinge behandelt.

Bei Besprechung von Gärungsfragen führte der Direktor des französischen Nahrungsmitteluntersuchungsamtes, Professor Chevalier-Paris, scharfe Angriffe gegen die Bäcker. Die Sozialgesetzgebung scheint ihm die Wurzel alles Übels zu sein, denn nur deswegen, so meinte er, werde das Brot zu rasch, oberflächlich und schlecht gebacken, auch müßten die Bäcker die Brotbereitung besser verstehen. Es wird aber wohl so sein, daß Herr Chevalier von der praktischen Brotbereitung nicht viel versteht.

Die Frage der mineralischen Zusätze wurde lebhaft diskutiert, wobei sie die romanischen Vertreter ablehnten und die Deutschen wegen der überzeugenden Wirkung befürworteten. Ueber die Gesundheitsschädlichkeit hätten die Hygieniker zu befinden, man müsse aber auch zu einer einheitlichen Auffassung kommen. Wichtig für die Bäckereiarbeiter ist die präzise Mitteilung des dänischen Vertreters, daß eines der Zusatzmittel, Ammoniumpersulfat, die Ursache des Bäckerekezems sei.

Weiter wurde über Backfähigkeitsfragen, über Spezialbackmethoden und über technische Probleme referiert. Hierbei mußte der bekannte Steiner aus Budapest wieder das Nachtbackverbot angreifen, weil es angeblich die Bäckereiarbeit beengt. Ueber die Brotpolitik in den einzelnen Staaten, wie Getreidemonopole, Zölle, Vermahlungszwang und Preisfestsetzungen wurde ausführliche Mitteilung gemacht.

Der sehr nützliche Endzweck der Tagung war der Beschluß, die Arbeiten zur Vereinheitlichung und internationalen Standardisierung der Untersuchungs- und Bewertungsmethoden für Getreide, Mehl und Brot aufzunehmen.

Allgemeine Rundschau

Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit. Das RKW. hat soeben seinen Tätigkeitsbericht für das Jahr 1931 der Öffentlichkeit vorgelegt, worin die Auswirkungen der Rationalisierung untersucht werden. Der dem RKW. gestellte Aufgabenkreis wird durch die herrschende Wirtschaftskrise stark beeinträchtigt. Das hat zur Folge, daß er sich stark verschiebt. Insbesondere ist es die Wirkung der Rationalisierung auf den Menschen, zum anderen auf den Arbeitsmarkt und die Kostenfrage, die hier entscheidend ins Gewicht fallen. Seine Arbeiten sind keineswegs zu unterschätzen, dennoch muß gesagt werden, daß die bisher angestellten Untersuchungen künftig objektiver durchgeführt werden sollten. In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, daß eine „Arbeitsgemeinschaft Mensch und Rationalisierung“ geschaffen wurde, der Vertreter der Unternehmer, Arbeiter, der Behörden und Wissenschaft angehören, die sich der Bearbeitung dreier Gebiete angenommen hat. Einmal der Rationalisierung und Arbeitslosigkeit, der Berufeignung und Eignungsfeststellung und der psychologischen und physiologischen Auswirkung auf den Menschen, Fragen, denen sich die Arbeiterschaft nicht verschließen kann. Bezüglich der Eignungsfeststellung wurde insbesondere die Frage der Qualitätsarbeit und bezüglich der Frage des Siedlungswesens die Auswahl und Schulung der Siedler behandelt. Neben diesen Gebieten behandelt das RKW. durch seine Fachausschüsse spezielle branchenmäßige Betriebsuntersuchungen, die auf Hebung der Wirtschaftlichkeit ganzer Wirtschaftszweige abzielen. Die bisherigen Untersuchungen erstreckten sich u. a. auch auf Betriebe der Lebensmittelindustrie und des Groß- und Einzelhandels.

Sollen die Rundfunkhörer streiken? Die Gewaltmaßnahmen der Papen-Regierung und das Zurückweichen der Rundfunkherren vor den Befehlen der Nazis haben eine solche Verschlechterung der deutschen Rundfunkprogramme zur Folge gehabt, daß schon zahlreiche Republikaner ihren Rundfunk abmeldeten. Noch zahlreicher aber sind diejenigen, die in ihren Zuschriften die planmäßige Durchführung eines Streiks aller Rundfunkhörer fordern. Sie glauben, daß Regierung und Sendegesellschaften mit Rücksicht auf den drohenden Ausfall an Gebühren zu einer Aenderung ihres neuen Kurses bewegt werden könnten. Der „Volksfunk“, die große Funkillustrierte der Eisernen Front, wendet sich jedoch gegen jede Abkehr vom Rundfunk und vor allen Dingen gegen jeden wilden Hörerstreik. Eine solche folgen-schwere Aktion könne nur von der Eisernen Front einheitlich veranlaßt werden. Dazu aber scheint die Zeit noch nicht gekommen, zumal die meisten Hörer in der Lage sind, die ihnen durch nationalistische Darbietungen verdorbenen Stunden am Lautsprecher zu vermeiden, wenn sie fremde Stationen einschalten. Das ausführliche Programm fast aller europäischen Sender enthält der „Volksfunk“, dessen neues Heft wieder ungemein vielseitig ist. Der Verfassungstag wird in Wort und Bild gewürdigt. Längere Berichte führen in die Arbeit der Volksbühne ein, in das Wesen des Vamp im Film, in die Neuerscheinungen der kommenden Funkausstellung, in die Bewegung zur Förderung der Freibäder, in die Ereignisse der letzten Zeit. Dem Bastler werden Kurzwellenvorsatzgeräte beschrieben. Dazu kommt der Roman, der in Wort und Bild gleich fesselnd ist, Schach- und Rätselcke, Humor und viele Einführungen.

Der „Volksfunk“ kann bei jeder Postanstalt und jeder Buchhandlung für monatlich 96 Pf. (einschließlich Geräteversicherung) frei Haus bestellt werden. Probehefte sendet der „Volksfunk“-Verlag, Berlin SW 68, kostenlos.

Internationales

Dänemarks Biererzeugung. In Dänemark gibt es insgesamt 212 Brauereien, meistens mittlere und kleine Betriebe mit insgesamt 4000 Arbeitnehmern. Die Bierproduktion belief sich im Jahre 1931 auf 2,2 Millionen Hektoliter, also rund 100 000 hl weniger als im Jahre 1930, aber um die gleiche Menge größer als im Jahre 1929. Gegenüber der Vorkriegszeit ist die Bierproduktion sehr erheblich zurückgegangen, betrug sie doch im Durchschnitt der Jahre 1911—1915 2,5 Mill. hl. Die rückgängige Biererzeugung ist eine Folge des geringeren Bierverbrauches. Im Durchschnitt der Vorkriegsjahre 1911 bis 1915 wurden etwa 2,4 Millionen Hektoliter Bier getrunken, 1929 nicht ganz 2 Millionen Hektoliter. Der Verbrauch stieg dann 1930 wieder an auf 2,1 Millionen Hektoliter, um 1931 wiederum auf 2 Millionen Hektoliter zu sinken. Dieser Rückgang ist eine Folge der herrschenden Wirtschaftskrise. Die Einnahmen aus der Bierbesteuerung beliefen sich im Jahre 1931 auf 29,3 Millionen gegen 29,5 Millionen im Jahre 1930 und 27 Millionen Kronen 1929.

Tschechoslowakischer Bierverbrauch. Das Statistische Staatsamt veröffentlicht die Ergebnisse über die Zahl der Bierbrauereien und den Bierausstoß von Januar bis Ende Mai 1932. Die Ergebnisse für 1931 sind in Klammern angeführt. Im Mai 1932 arbeiteten und stießen Bier aus 427 (435) Brauereien. Im ganzen wurden 970 759 (1 163 018) hl Bier ausgestoßen. Gegenüber dem gleichen Monate 1931 sank der Gesamtausstoß um 16,5 Proz., und gegenüber dem Monate April dieses Jahres stieg er um 30,1 Proz. Vom Gesamtausstoß entfielen auf den Inlandverbrauch 960 915 (1 147 035) hl, auf die Ausfuhr 9844 (15 983) hl. Vom Januar bis Ende Mai wurden insgesamt 3 563 756 (3 956 346) hl Bier ausgestoßen, um 9,9 Proz. weniger als im gleichen Zeitraum 1931, davon für den Inlandsverbrauch 3 519 410 (3 888 315) Hektoliter, für die Ausfuhr 44 346 (68 031) hl. Vom Gesamtausstoß vom Januar bis Ende Mai entfallen 2 804 683 (3 078 001) hl auf Mähren und Schlesien, 87 195 (113 207) Hektoliter auf die Slowakei und 5806 (9018) hl auf Karpathorußland.

Kost- und Logiszwang in den Bäckereien Hollands. Von der Gewerbeinspektion wurde im Jahre 1911 eine Untersuchung der Betriebsverhältnisse in den niederländischen Brotbäckereien angestellt. Damals wurden gezählt 17 592 Gesellen, wovon 10 277 in Kost und Logis beim Unternehmer standen. Davon waren 3597 Gesellen gleichzeitig Familienmitglieder der Betriebsinhaber. 1928 wurde wiederum eine Untersuchung über das Kost- und Logiswesen vorgenommen. Jetzt liegt das Ergebnis vor. Die Umfrage erstreckte sich auf 13 199 Betriebe mit 33 377 Beschäftigten. In 3705 Betrieben besteht noch der Kost- und Logiszwang für 4899 Personen. Darunter sind 1172 unter 18 Jahren und 3727 über 18 Jahre, wovon wiederum 27 Verheiratete festgestellt wurden. Nach diesem Ergebnis befinden sich 14,7 aller beschäftigten Personen in Kost und Logis beim Unternehmer. Gegenüber der erstmaligen Umfrage vom Jahre 1911 kann die erfreuliche Feststellung gemacht werden, daß die gewerkschaftliche Forderung, Beseitigung des Kost- und Logiszwanges im Hause des Unternehmers, in den verflorenen 17 Jahren außerordentlich gute Fortschritte aufzuweisen hat.

Die Gewerbeinspektion hat in diesen Betrieben folgenden Eindruck gewonnen: Von einem schriftlichen Arbeitsvertrag ist in den meisten Bäckereien keine Rede. Bei den meisten Bäckern, insbesondere in den kleineren Gemeinden mit kleinen Einrichtungen, geht es durchweg gemächlich zu. Die Vereinbarungen werden meist mündlich getroffen, schon deswegen, weil die wenigsten Gesellen organisiert sind. Von den 3705 Bäckereien, die das Kost- und Logiswesen handhaben, haben nur 87 oder 2,35 Proz. einen Vertrag mit ihren Gesellen abgeschlossen.

Die Lohnverhältnisse in diesen Betrieben schwanken außerordentlich. Bei 50 Personen wurde festgestellt, daß sie überhaupt keinen Barlohn beziehen. Im übrigen sind Löhne von 50 Cent bis 30 Gulden in der Woche ermittelt worden. Ferner wurde der Lohn von 1000 Jugendlichen ermittelt, wobei 146 keinen Barlohn beziehen und die übrige Entlohnung zwischen 25 Cent und 7 Gulden in der Woche schwankt. Selbst die Gewerbeinspektion muß erklären, daß diese Löhne niedrig zu nennen sind. Weitere Ermittlungen wurden angestellt, ob die in Kost und Logis beschäftigten Personen auch anderweitige Vergünstigungen erhalten. 1759 Personen müssen bei Krankheit die ärztliche Behandlung und Arzneimittel selbst bezahlen, nur 28,7 Proz. der Gesellen haben Arzt und Apotheke frei.

Feststellungen hinsichtlich der Arbeitszeit erbrachten das Ergebnis, daß die gesetzliche Arbeitszeit oft erheblich in diesen Betrieben überschritten wird. Die ländliche Polizei, die natürlich diesen Sachverhalt genau kennt, läßt die Gesetzesübertreter ungeschoren. Mit dem Familienanschluß, der vielfach besonders von den Unternehmern, die ihre Gesellen in Kost und Logis beschäftigen, in das günstigste Licht gestellt wird, hapert es oft sehr, weil davon keine Rede ist. Die Logisverhältnisse sind bei einer großen Anzahl außerordentlich primitiv, bei etwa 25 Proz. wurde festgestellt, daß sie in Speicherräumen und bei 14 Proz. auf Speichern ohne Zimmer schlafen. 4 Proz. haben ihre Schlafräume neben oder über der Backstube, 2 Proz. in der Scheune oder über dem Laden, 26,8 Proz. müssen ihre Schlafstätten mit anderen Personen teilen und bei 5,7 Proz. wurde festgestellt, daß sie das Bett mit jemand anders teilen müssen. 2,8 Proz. der Schlafstätten wurden von der Auf-

sichtsbehörde direkt als „schlecht“ bezeichnet, 25,3 Proz. aller Schlafstätten erhielten die Bezeichnung „genügend“, nur 22,7 Proz. sind als sehr gut bezehnet worden. Von den Gesellen erklärten 11 Proz. die Behandlung mit „genügend“, 62,8 Proz. mit „gut“ und 22,7 Proz. als „sehr gut“. Selbstverständlich spielt hierbei das subjektive Empfinden eine große Rolle, wie auch, ob diese Aussagen in Anwesenheit des Meisters gemacht wurden. Nicht leicht war es der Gewerbeaufsichtsbehörde, diese Untersuchung durchzuführen. Sehr häufig stieß sie auf die Widerspenstigkeit der Bäckermeister, die unter keinen Umständen etwas über die inneren Vorgänge an die Öffentlichkeit gelangen lassen wollten. Immerhin hat die holländische Gewerbeinspektion eine ausgezeichnete gute Arbeit verrichtet und sie wird wertvolle Dienste leisten im Kampf zur vollständigen Beseitigung des Kost- und Logiszwanges.

Die ungarischen Fleischerarbeiter. Das verflorenes Jahr war nach dem vorliegenden Bericht der Organisation der Fleischer eines der schwersten und sorgenvollsten. Fast 50 Proz. der Mitglieder waren arbeitslos und die Beschäftigten erlitten Lohnverluste und Arbeitszeitverlängerung. Der Innenkonsum des Landes ist auf das minimalste gesunken. Das Fleischergewerbe hatte darunter besonders zu leiden durch einen außerordentlich starken Rückgang des Warenabsatzes. So muß festgestellt werden, daß eine starke Einschränkung der Betriebsbelegschaften und ein starkes Anschwellen bei der Lehrlingshaltung erfolgte. Der Mitgliederstand beträgt 1000, wovon in den Fleischereien 450, Schlachthäusern 190, Wurstfabriken 240 und in Darmhandlungen 120 beschäftigt sind. Unter den Verbandseinnahmen befinden sich 36 000 Pengö aus Beiträgen. Für Unterstützungszwecke wurden aufgewendet 25 000 Pengö.

Der belgische Verband der Lebensmittelarbeiter in den Jahren 1930 und 1931. Ueber den kürzlich stattgefundenen Kongreß der belgischen Bruderorganisation haben wir berichtet. Nun liegt auch der Bericht vor über die Mitglieder- und Lohnbewegungen in dieser Zeit. Der Mitgliederstand stieg von 6608 Ende des Jahres 1929 auf 7552 Ende 1931. In dieser Zeit war die Krise nur im Konditorgewerbe spürbar, während in den anderen Berufsgruppen immer noch ein guter Geschäftsgang vorherrschte. Nach den Industriezweigen verteilt, hatten Mitglieder: Bäckerei, Konditorei und Zwiebackfabriken 1915, Müllerei 360, Schokoladenfabriken 1503, Brauerei 861, Fleischer-gewerbe 522 und in den Genossenschaften waren 581 Mitglieder beschäftigt. Sehr gering ist noch die Zahl der organisierten Frauen; sie beträgt nur 630.

Sehr lebhaft Kämpfe mußten in der Berichtszeit um die Sicherung des Nachtbackverbots in den Bäckereien geführt werden. Leider ist hier kein Fortschritt zu verzeichnen. Es besteht noch immer das Gesetz, wonach den Betriebsinhabern Nacharbeit erlaubt ist. Von den 77 Lohn- und Tarifbewegungen endeten 45 mit vollem Erfolg für 4146 Mitglieder. Die Zahl der Tarifverträge stieg in der Berichtszeit von 26 auf 28 und die den Tarifverträgen unterstellten Mitglieder von 2950 auf 3421. Bedeutende Beträge wurden für Unterstützungszwecke verwendet: an Arbeitslose über 800 000 Fr., an Kranke über 250 000 Fr. und für Streiks wurden 50 000 Fr. ausgegeben. Die Organisation hat auch einen Pensionsfonds für ältere Mitglieder errichtet, aus dem bereits an 243 Personen über 50 000 Fr. ausgezahlt wurden.

Literatur

Junge Frau von 1914. Roman von Arnold Zweig. 251 Seiten. Preis in Leinen für die Mitglieder der Büchergilde 2,70 Mk. Erschienen in der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61.

Arnold Zweig, dessen großer Roman „Der Streit um den Sergeanten Grischa“ als ein der besten Bücher der Kriegszeit bezeichnet wurde, hat die Absicht einen Romanzyklus zu schreiben, von dem der „Grischa“ nur ein Teil sein soll. Das vorliegende neue Buch hat zu dem früher erschienenen keine andere Beziehung als die gleiche Zeit der Ereignisse, das Hinterland der Fronten und einige Figuren. Der Krieg donnert in diesem Buch nur in der Ferne. Die Junge Frau von 1914 ist ein junges Mädchen mit höherer Schulbildung. Sie ist die Freundin eines jungen Schriftstellers. Schwere Schicksalsschläge machen sie zu einer frühgereiften Frau, die dann, entgegen dem Willen ihrer Angehörigen, ihren Freund durch einen Heiratsurlaub von der Front bugst und ihn an den Tisch ihrer Eltern bringt.

Gedächtnis- und Willensschulung. Eine neuzeitliche Trainingslehre mit praktischen Anweisungen. Von Professor Dr. J. M. Verwey. 28 Seiten. Preis 1,10 Mk. Erschienen im Süddeutschen Verlagshaus, Stuttgart, Birkenwaldstr. 44.

Wer vorwärts kommen will, muß Gedächtnis und Willen pflegen und steigern. Anerkennenswerte Regeln dafür enthält diese kleine Broschüre.

Schwangerschaft? Ein Ratgeber für Eheleute. Von Dr. A. Müller. 77 Seiten. Preis 1,80 Mk. Erschienen im Verlag Hans Hedewigs Nachf. Kurt Ronniger, Leipzig C 1. Aus jeder Zeile dieses Heftes klingt es dem Leser entgegen: Vorbeugen, vorbeugen, denn allein das ist das wirksamste Mittel, um sich vor gesundheitlichen Gefahren zu schützen.

Unserm Kollegen Max Weber nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,10]
Die Kollegen der Aktiva-Brauerei Ortsgruppe Zwickau

Unserm Kollegen Ernst Jensen und seiner lieben Frau zur silbernen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]

Unserm lieben Kollegen Peter Lenzen und seiner lieben Gemahlin zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]
Die Kollegen Lohnschlichter vom Schlachthof Düren und Bezirksleitung Aachen

Die Belegschaft der Holsatia-Mühle GmbH., Kiel-Neumühlen

Dem Kollegen Wilhelm Michels zu seinem 25-jährigen Dienstjubiläum in der Hoefelbrauerei AG die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]
Die Belegschaft der Hoefelbrauerei Düsseldorf

Unserm werten Kollegen Eugen Schneider nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,10]

Die organisierten Kollegen der Wicküler-Küpper-Brauerei, Wuppertal

Frauenrecht

JAROSLAV HÁSEK:

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

(31. Fortsetzung.)

11.

Schwejk zelebriert mit dem Feldkurat die Feldmesse.

1.

Die Vorbereitungen zur Tötung von Menschen sind stets im Namen Gottes oder irgendeines vermeintlichen höheren Wesens vor sich gegangen, das sich die Menschen eronnen und in ihrer Phantasie erschaffen haben.

Bevor die alten Phönizier einem Gefangenen den Hals durchschneiden, hielten sie ebenso feierlich ihren Gottesdienst ab, wie einige Jahrtausende später neue Generationen, ehe sie in den Krieg zogen und ihre Feinde mit Feuer und Schwert vernichteten.

Bevor die Menschenfresser von Guinea und Polynesien ihre Gefangenen, beziehungsweise unbrauchbare Menschen wie Missionäre, Reisende und Unterhändler verschiedener Handelsfirmen oder einfach Neugierige feierlich auffressen, opfern sie ihren Göttern, indem sie die mannigfachsten religiösen Gebräuche vollziehen. Da die Kultur des Ornates noch nicht zu ihnen gedrungen ist, schmücken sie ihre Schenkel mit Kränzen aus den bunten Federn der Waldvögel.

Bevor die heilige Inquisition ihre Opfer verbrannte, zelebrierte sie die feierlichsten Gottesdienste und die große heilige Messe mit Gesängen.

Bei Hinrichtungen von Verbrechern wirken stets Priester mit, die den Delinquenten mit ihrer Anwesenheit belästigen.

In Preußen geleitet den Bedauernden ein Pastor unter das Beil, in Oesterreich ein katholischer Priester zum Galgen, in Frankreich unter die Guillotine, in Amerika führte ihn ein Priester auf den elektrischen Stuhl, in Spanien auf einen Sessel, wo er mit einem sinnreichen Instrument erwürgt wurde, und in Rußland wurden die Revolutionäre von einem bärtigen Popen begleitet usw.

Überall mußten sie dabei mit dem Gekreuzigten gehen, als wollten sie sagen: „Dir hacken sie nur den Hals ab, hängen dich, erwürgen dich, lassen 15 000 Volt in dich los, aber was hat jener erdulden müssen.“

Die große Schlachtbank des Weltkrieges konnte des priesterlichen Segens nicht entbehren. Die Feldkuraten



aller Armeen beteten und zelebrierten Feldmessen für den Sieg jener Partei, deren Brot sie aßen.

Bei den Hinrichtungen meisternder Soldaten erschien ein Priester. Bei den Hinrichtungen tschechischer Legionäre war ein Priester zu sehen.

Nichts hat sich geändert seit der Zeit, da der Räuber Adalbert, der man später den „Heiligen“ genannt hat, mit dem Schwert in der einen und dem Kreuz in der andern Hand bei der Vernichtung der baltischen Slawen mitwirkte.

Die Menschen gingen in ganz Europa wie das liebe Vieh zur Schlachtbank, wohin sie neben den Fleischer-Kaisern, Königen und anderen Potentaten und Heerführern die Priester aller Glaubensbekenntnisse geleiteten, sie einsegneten und falsch schwören ließen, daß sie „auf dem Festland, in der Luft, auf dem Meere usw.“ Feldmessen wurden stets zweimal zelebriert.

Wenn eine Abteilung in die Positionen an die Front abging und dann vor der Front, vor dem blutigen Gemetzel und Morden, ich erinnere mich, daß uns einmal bei einer solchen Feldmesse ein feindlicher Aeroplane eine Bombe gerade auf den Feldaltar warf und vom Feldkuraten nichts übrig blieb, als blutige Fetzen.

Man schrieb von ihm wie von einem Märtyrer, während unsere Aeroplane den Feldkuraten der andern Seite eine ähnliche Gloriole verliehen.

Uns bereitete das einen ungeheuren Spaß und auf dem provisorischen Kreuz, unter dem die Ueberreste des Feldkuraten bestattet wurden, erschien über Nacht folgende Grabschrift:

Was uns ereilen konnte, hat auch dich befallen.
Du hast uns stets das Himmelreich versprochen.
Nun ist's vom Himmel bei der Messe auf dein Haupt
gefallen.
Und wo du plärrest, liegen deine Knochen.

Frau und Kampf um Freiheit

Der Kampf um Freiheit ist ein Jahrtausende alter. Der Kampf um die Freiheit unterscheidet sich von jenen vergangenen Zeiten dadurch, daß nicht einzelne Klassen, Schichten oder Kreise der Bevölkerung ihn kämpfen, sondern daß sich in allen Menschen die Sehnsucht nach Freiheit regt.

Es ist ein allgemeiner Ansturm gegen die Fesseln des Kapitalismus, gegen alle Vorurteile des Althergebrachten, gegen die herrschende Schicht der großen Besitztümer mit ihren das Leben einengenden Systemen. Die Kunst, die ein Spiegelbild ihrer Zeit ist, bringt dieses Ringen zum Ausdruck in dem, was man Sektion nennt. In den Kreisen der Frauen kommt dieses Ringen als Frauenbewegung zum Ausdruck. Zum Naturganzen gehört notwendig die Frau, sie ist ebensogut ein Teil des Ganzen, wie der Mann, der eben auch nur ein Teil des Ganzen ist. Sie unterscheidet sich körperlich, daher auch geistig: ihr Denken, Fühlen und Empfinden ist von Natur aus — abgesehen von dem Einfluß einer Erziehung, die sich nichts mehr angeeignet hat als das gründlichste Zerstören eben dieses Denkens, Empfindens und Fühlens der Frau — anders geartet als das des Mannes.

Freiheit!

Freiheit, kühnes, stolzes Wort,
Pflanzt von Mund zu Mund sich fort.
Formt sich laut zum Schlachtenruf
Und vernichtet Lug und Trug
Aufgehetzter Menschenhorden.

Freiheit löst das Ungemach
Langer Unterdrückung Schmach,
Sprengt des Joches harte Fessel,
Wirft sie tief zum Unkenkessel
Feiger Nazibrut hinab.

Steilt die Stirn und reckt die Faust
Hoch zum Firmament hinaus!
„Seht“ Millionen Pfeile fliegen,
Freiheit wird die Reaktion besiegen,
Unser wird die Zukunft sein.

Paul Brandt, Herford.

Aus dem Angeführten ergibt sich logisch notwendig, daß über Geneigtheit, Güte und Vortrefflichkeiten von Einrichtungen, die von Menschen geschaffen werden, nur dann eine richtige, ganze Vorstellung zu erlangen ist, wenn die Frau — aber auch der Mann — frei und ungehindert ihre Meinung darüber äußern können.

Daß nun die Frau, die nicht nur die Fesseln des kapitalistischen Systems, sondern auch noch jene trägt, die ihr die physische Ueberlegenheit des Man-

nes auferlegt, sich an die Seite derer stellt, die gleichzeitig für die volle Freiheit der Frau eintreten und kämpfen, beweist:

1. daß die unnatürliche Erziehung der Frau den in ihrer Seele glimmenden Freiheitsfunken nicht ersticken konnte;
2. daß das Bedürfnis nach Freiheit bei der Frau ebenso vorhanden ist wie bei dem Manne;
3. daß die Frau die Freiheit als etwas ihrer Natur Zukommendes betrachtet.

Wäre der Freiheitsfunke in der Frauenseele zu ersticken gewesen, wäre die Freiheit kein Bedürfnis der Frau, würde sie die Freiheit nicht als ihrer Natur entsprechend erkennen und anerkennen, könnte es nicht jenes Streben geben, das man als Frauenbewegung bezeichnet. Unter der doppelten Last, die die Frau zu ertragen hat, wird es ihr unendlich schwer und beinahe in den meisten Fällen unmöglich, das zu verlangen, was ihrer Natur entspricht: die volle Freiheit. So müssen wir den Frauen dazu verhelfen.

Die Frau muß sich der Gewerkschaft anschließen, von hier aus kann sie ihre Freiheit gewinnen. Diesen Gedanken muß sich die arbeitende Frau zu eigen machen.

Die Frau fühlt sensitiv; der Gedanke, den sie sich zu eigen gemacht, erfüllt sie ganz und gar, sie widmet sich ihm mit Feuer, voller Hingabe, mit Leib und Seele. Die Frau ist als Kampfgenossin von hohem, unschätzbarem Wert. Die Geschichte weist zahlreiche Beispiele von dem Mut, der Kraft und der Ausdauer, die die Frau im Kampf entwickelt, auf.

Am charakteristischsten finden wir den Wert der Frau in jener christlichen Legende von der Ehebrecherin anerkannt und erkannt. Als man die Ehebrecherin vor Jesus bringt, erzählt diese Legende, und alle Hände erhoben sind, um das erwartete Todesurteil durch Steinigung zu vollziehen, da läßt die Legende Jesus also sprechen: „Wer unter euch ohne Schuld, werfe den ersten Stein!“ Wer warf? Niemand! Diese Frau war gerettet und die Frau der christlichen Bewegung gewonnen. Was die Kirche aber später nicht hinderte, der Frau das mit der einen Hand Gegebene mit der anderen wieder zu nehmen. Der Jesus in den Mund gelegte Satz erkennt die natürlichen Rechte der Frauen an, enthält aber auch eine Verurteilung des Systems der Ehe, denn er setzt ganz bestimmt voraus, daß unter diesem System alle schuldig sein müssen. Und so wie damals unter dem die Frau entrechtenden System alle schuldig sein mußten, sind auch heute viele der Frau gegenüber schuldig.

Wir aber dürfen an dieser Schuld nicht teilhaben, darum erwächst uns die Pflicht, die Frauen gewerkschaftlich zu organisieren, ihr zu wirtschaftlicher und seelischer Befreiung zu verhelfen. Helfen wir, die physischen und geistigen Fesseln, die sie bedrücken, die aus der herrlichsten Schöpfung der Natur ein verkrüppeltes, unnatürliches Sklavendasein machen, zu zerbrechen. Georg Kunert.

2.

Schwejk kochte den berühmten Grog, der den Grog alter Matrosen übertraf. So einen Grog hätten die Piraten des achtzehnten Jahrhunderts trinken können und wären zufrieden gewesen.

Feldkurat Otto Katz war begeistert.

„Wo haben Sie so was Gutes kochen gelernt?“ fragte er.

„In Bremen, wie ich vor Jahren auf der Wanderschaft war“, entgegnete Schwejk, „von einem verkommenen Matrosen, der gesagt hat, Grog muß so stark sein, daß jemand, wenn er ins Meer fällt, den ganzen Kanal La Manche überschwimmen kann. Nach einem schwachen Grog ertrinkt man nämlich wie ein junger Hund.“

„Nach so einem Grog, Schwejk, wird sich die Messe gut zelebrieren“, meinte der Feldkurat, „ich denke, ich sollte vorher ein paar Abschiedsworte vorbringen. Eine Feldmesse ist nicht so ein Spaß wie eine Messe im Garnisonarrest oder eine Predigt für diese Lumpen. In so einem Fall muß man wirklich alle fünf Sinne beisammen haben. Einen Feldaltar haben wir. Er ist zusammenlegbar, Taschenausgabe.“

„Jesus Maria, Schwejk“, packte er sich am Kopf, „wir sind aber Ochsen. Wissen Sie, wo ich diesen zusammenlegbaren Feldaltar aufgehoben hab? In dem Kanapee, das wir verkauft haben.“

„Ja, das ist ein Unglück, Herr Feldkurat“, sagte Schwejk, „ich kenn ihn zwar, den Händler mit alten Möbeln, aber vorgestern hab ich seine Frau getroffen. Er sitzt wegen einem gestohlenen Schrank und unser Kanapee ist bei einem Lehrer in Wrschowitz. Das wird ein Malör mit diesem Feldaltar! Am besten is, wir trinken den Grog aus und gehn ihn suchen, ich dank nämlich, daß man ohne Feldaltar die Messe nicht zelebrieren kann.“

„Es fehlt uns wirklich nur dieser Feldaltar“, sagte der Feldkurat schwermütig, „sonst ist schon alles auf dem Exerzierplatz vorbereitet. Die Tischler haben dort schon ein Podium errichtet. Die Monstranz borgt man uns aus Brewawow. Keich soll ich meinen eigenen haben, aber wo ist der schon —“

Er wurde nachdenklich: „Sagen wir, ich hab ihn verloren. — Also wir bekommen den Sportpokal vom Ober-

leutnant Wiltinger vom 75. Regiment. Er hat ihn einmal vor Jahren bei einem Wettkampf für den „Sport-Favorit“ gewonnen. Er war ein guter Läufer. Hat 40 Kilometer gemacht: Wien—Mödling in 45 Minuten, wie er immer prahl. Ich hab's schon gestern mit ihm ausgemacht. Ich bin ein Rindvieh, daß ich alles auf den letzten Augenblick aufschob. Warum hab ich Trottel nicht in das Kanapee geschaut.“

Unter dem Einfluß des Grog, der nach dem Rezept des verkommenen Matrosen gebraut war, begann er stumpf sich zu beschimpfen und äußerte in den verschiedensten Sentenzen, wohin er eigentlich gehöre.

„Also wir sollten schon diesen Feldaltar suchen gehn“, forderte ihn Schwejk auf, „es is schon früh. Ich muß mir noch die Uniform nehmen und noch einen Grog austrinken.“

Endlich gingen sie. Auf dem Weg zu der Frau des Händlers erzählte der Feldkurat Schwejk, daß er gestern in „Gottes Segen“ viel Geld gewonnen habe und wenn alles gut ausfallen sollte, das Klavier aus dem Versatzamt auslösen werde.

Es war so etwas Ähnliches, wie wenn Heiden irgendein Opfer versprechen. Von der verschlafenen Frau des Händlers erfuhren sie die Adresse des Lehrers in Wrschowitz, der der neue Eigentümer des Kanapees war. Der Feldkurat bekundete eine ungewöhnliche Leutseligkeit. Kniff sie in die Wange und kitzelte sie unterm Kinn.

Sie gingen zu Fuß nach Wrschowitz, denn der Feldkurat erklärte, er müsse einen Spaziergang in frischer Luft machen, um auf andere Gedanken zu kommen.

In Wrschowitz, in der Wohnung des Herrn Lehrers, eines alten frommen Herrn, wartete ihrer eine unangenehme Ueberraschung. Nachdem nämlich der Lehrer den Feldaltar im Kanapee gefunden hatte, war in dem alten Herrn die Vermutung aufgetaucht, es sei dies irgendeine Fügung Gottes und er hatte ihn der Ortskirche in Wrschowitz für die Sakristei geschenkt, wobei er zur Bedingung machte, daß auf der andern Seite des Altars die Inschrift angebracht werde: „Gespendet zu Gottes Lob und Ehre von Herrn Kolarik, Lehrer i. P. im Jahre des Herrn 1914.“ Da sie ihn in Unterhosen antrafen, war er sehr verlegen.

(Fortsetzung folgt.)